Telegramm-Adresse:
Correspondent Merseburg.
Fernsprecher Nr. 324.

Merseburger Correspondent.

Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Oelgrube 9.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
bei Abholung von unsern Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Austräger in der Stadt und auf dem Lande außerdem Botenlohn; durch die Post 1.20 Mk. außer 42 Pf. Bestellgeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Werktagen nachmittags. — Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet. — Für Rückgabe unverlangter Einsendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitig. illustr. Unterhaltungsblatt m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Petitzeile oder deren Raum für Merseburg und nähere Umgebung 10 Pf., kleinste Anzeigen 25 Pf., auswärtige pro Zeile 20 Pf., im Reklameteil 40 Pf. Bei kompliziertem Satz entsprechender Aufschlag. Gebühr für Extrabeilagen nach Uebereinkunft. Für Nachweisungen und Offertenannahme besondere Berechnung, nach auswärts mit Portozuschlag. Erfüllungsort Merseburg. Annahmezeit für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 68. **Donnerstag den 21. März 1912** **33. Jahrg.**

Königsfreundliche Republikaner.

„Welcher Widerspruch!" wird der Leser sagen: Aber sie existiert in der Tat, diese Spezies von Verfechtern der freistaatlichen Idee und des Prinzips der unbeschränkten Selbstregierung der Völker auf breitester demokratischer Grundlage. Und nicht erst seit gestern. Als der hervorragende französische Republikaner Léon Gambetta 1873 dem König Viktor Emanuel II. einen Besuch abstattete, redete er ihn mit folgenden Worten an:

„Sire! Gestatten Sie einem Republikaner, einen König zu begrüßen, der das Muster eines konstitutionellen Regenten ist; Frankreich hat einen solchen Fürsten nicht finden können, darum hat es seine Zuflucht zur Republik genommen!"

Der Exdiktator von Tours sprach im Sinne wohl der großen Mehrheit seiner politischen Glaubensgenossen. Seiner Anrede lag die in der Natur der Sache liegende Wahrheit zugrunde, daß die strengkonstitutionelle Regierungsweise, nach welcher der König nur herrscht, aber nicht regiert, auf die Dauer das einzige und probateste Vorbeugungsmittel gegen die Einführung der Republik ist. Der Grundsatz, die jeweilige Parlamentsmehrheit herrschen zu lassen, hat in der Praxis gewiß auch seine Schattenseiten, wie alle menschlichen Einrichtungen; aber die mißlichen Erfahrungen sorgen für eine Abschließung derselben, und nur der Verblendete kann übersehen, daß unsere Zeit dahin drängt, ihn in allen Kulturstaaten zur Herrschaft zu bringen.

Welch versöhnende, die Gegensätze einander näher bringende Kraft im Parlamentarismus liegt, hat sich soeben in Italien, anläßlich des gegen den König gerichteten Attentats, erwiesen. Nicht nur die bürgerlich-demokratischen, sondern auch die ausgesprochen republikanischen und die sozialdemokratischen Parlamentsmitglieder haben sich an der Beglückwünschung des Königs zur Errettung aus schwerer Gefahr beteiligt, und es hat der Gefeierte diesen „Roten" ausdrücklich versichert, daß ihre menschliche Anteilnahme ihn ganz besonders erfreut und gerührt habe. Die ihm gratulierenden Republikaner aller drei Observanzen erinnerten den Monarchen ausdrücklich daran, daß er ein echt und rechter demokratischer König sei und infolgedessen die Liebe und Verehrung der ganzen Nation im höchsten Grade genieße. Sogar das Preßorgan der italienischen Anarchisten wies die Gemeinschaft mit dem Attentäter entrüstet zurück und fand eine doppelte Missetat darin, daß im Beisein der herrlichen Königin auf den nahen König geschossen wurde, der eine gute, ihre Kinder selbst nährende Mutter und den Frauen des Parlamentariats stets eine Freundin und Helferin sei.

König Viktor Emanuel imponiert den freiheitlichen Parteien nicht nur durch seine peinlich gewissenhafte Verfassungstreue in seinen Taten und Worten, sondern auch durch seine edle Einfachheit, Anspruchslosigkeit und Natürlichkeit. Wie Friedrich der Große und Napoleon I. trägt er nur eine Uniform. Umsomehr hat er Sitzfleisch, arbeitet er fleißig, und ist fast immer für seine Minister und deren Vertreter zu sprechen. Noch niemals tat oder sagte er etwas, das seiner Regierung das Konzept verdorben hätte. Die ihm Vortraghaltenden überrascht er dadurch, daß er bereits alles erkundet und durchdacht hat und nicht selten besser darüber unterrichtet ist, als sie. Vergnügen, Jagd und Festivitäten, letztere, wenn sie nicht eine ernste Bedeutung haben, sind Dinge, welche bei ihm klein geschrieben werden. Das Wort „Hans Sack in allen Gassen" trifft bei keinem Potentaten weniger zu, als bei ihm. Er ist der modernste aller Könige und darum sein hohes Ansehen bei sämtlichen nichtrückschrittlichen Parteien, einschließlich der äußersten Linken.

Auch England ist ein streng parlamentarisch regierter Musterstaat, der aber, weil er sehr frühzeitig in dieses Entwicklungsstadium gelangte, noch mancherlei staatsrechtliche Antiquitäten, zeitwidrige Eigentümlichkeiten an sich trägt. Gleichwohl übt in ihm der auch vom König und dem privilegierten Grundherrentum heilig gehaltene verfassungsmäßige Parlamentarismus, welcher dem Volke abwechselnd die Wohltaten eines gemäßigt-konservativen sowie die eines liberal-demokratischen Regierens zuteil werden läßt, einen in politischer Beziehung eminent pazifizierenden Einfluß aus. Die englische Sozialdemokratie ist, trotz der weitgehenden industriellen Entwicklung des Landes, numerisch sehr schwach und ihre Vertreter im Unterhaus sind der bestehenden Staatsform gegenüber fast ebenso duldsam wie die Liberalen. Die Reform des Oberhauses bildet den äußersten Punkt ihrer politischen Probleme. Eine die Republik erstrebende Partei gibts dort nicht, wenn auch der Kelte Keir Hardie einmal mit der harmlosen Drohung des eventuellen Einschmelzens der Königskrone kokettiert hat.

Deutsche Sozialdemokraten gefallen sich neuerdings darin, ihren Republikanismus zu betonen. Dies hat jedoch nur eine interessante theoretische und keine praktische Bedeutung. Diese Erscheinung würde gewiß allmählich verblassen, wenn bei uns die parlamentarische Regierungsweise zur Herrschaft gelangte, wozu freilich noch wenig Aussicht vorhanden ist. Daß sogar Männer von der felsenfesten radikalen Gesinnung August Bebels sich unter Umständen mit der Monarchie aussöhnen könnten, ging aus seiner vor einigen Jahren öffentlich getanen Äußerung hervor: daß er die englische Staatsverfassung der französischen vorziehe. Die entgegengesetzte Ansicht vertrat vor zirka 120 Jahren der junge Bonaparte seinem Landsmann Paoli gegenüber. Der spätere Vernichter der französischen Freiheit glorifizierte die damalige demokratische Republik, während letzterer, der korsikanische Freiheitsheld, sein Ideal in dem dominierenden politischen Einfluß der Oberen Zehntausend erblickte.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Die zweitägige Besprechung der Bergarbeiterinterpellationen im preußischen Abgeordnetenhause war im wesentlichen nichts anderes als eine verstärkte und vergröberte Auflage der Verhandlungen im Reichstage über denselben Gegenstand. In der Atmosphäre der preußischen Landstube konnten die Minister noch härter und schneidender die Anwendung der kräftigsten Mittel gegenüber den Ausschreitungen verkünden, und die Konservativen ließen noch unverhohlener erkennen, daß für sie das Wort „Schutz der Arbeitswilligen" den Vorwand abgibt für das Bestreben, eine selbständige Arbeiterbewegung zu unterminieren und den Organisationen möglichst mit Zuhilfenahme der Staatsgewalt zu Leibe zu gehen. Leider war im preußischen Abgeordnetenhause der Ton der Nationalliberalen auch ein erheblich schärferer als im Reichstage, ein neuer Beweis dafür, um wieviel mehr nach rechts hin die nationalliberale Fraktion in Preußen gegenüber der im Reichstage steht. Die Haltung des Zentrums war dieselbe wie dort. Von der sozialdemokratischen Seite wurde natürlich auch nicht dazu beigetragen, um eine harmonische Aussprache zu ermöglichen. Den Ministeranklagen über gräßliche Ausschreitungen der Streikenden standen eben solche Anklagen über Ungesetzlichkeiten und Provokationen seitens der Gendarmerie und der Arbeitswilligen gegenüber. Haß und Erbitterung machen blind, oder sie lassen auch doppelt sehen! In dieser von den Miasmen des Zornes und des Fanatismus gesättigten Luft wirkten die streng objektiven, Licht und Schatten nach beiden Seiten gerecht verteilenden Ausführungen des fortschrittlichen Redners Dr. Pachnicke wie eine wahre Erlösung. Sie zeigten, daß der entschiedene Liberalismus immer mehr in die Rolle hineinwächst, zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft ein Faktor ausgleichender Tätigkeit zu werden. Daß der Redner der Fortschrittspartei den Wünschen und Forderungen der Arbeiter mit großer Sympathie gegenüber stand, war das Ergebnis der ruhigen Prüfung ihrer derzeitigen Wirtschaftslage. Auf der anderen Seite verhehlte er nicht, daß seine Freunde den Kontraktbruch bedauerten und die Auffassung teilten, es seien noch nicht alle Mittel zur Vermeidung des Streiks angewandt worden. Das positive Programm bildete eben so wie im Reichstage, so auch hier den Gipfelpunkt der fortschrittlichen Wünsche: Ausbau des Koalitionsrechts, Verhandlungszwang, Reichsberggesetz usw. Auf dem Wege der fortschrittlichen Anregungen, die auf eine vollwertige Anerkennung beider Faktoren im Wirtschaftsleben, der Arbeiterschaft und des Unternehmertums, hinzielen, kann Deutschland dem sozialen Frieden näher kommen. Und nur auf diesem Wege!

Churchill über die deutsch-englische Flottenrivalität.

Bei der Einbringung des Flotteetats im englischen Unterhause führte der Erste Lord der Admiralität Churchill am Montag folgendes aus:

Die Grundlage der Flottenpolitik ist die Finanzwirtschaft. Das finanzielle Aussehen des Flottenetats ist nicht erfreulich. Alle Welt baut Flotten. Alles, was mit der Flotte in Verbindung steht, wächst beständig an Größe, Kompliziertheit und Kosten. Der neue Etat ist fast völlig bestimmt durch die Etats der letzten beiden Jahre. Ich werde vielleicht im nächsten Jahre den Flottenetat im Unterhause nicht für ein Jahr, sondern für eine Reihe von Jahren vorlegen können. Aber für den Augenblick muß ich mich im Rahmen gewisser allgemeiner Andeutungen halten. Hauptsächlich infolge der Arbeiterausstände haben in diesem Jahre Verzögerungen in den Schiffsbau- und anderen Ausgaben stattgefunden. Dadurch wird die nominelle Reduktion von 300 000 zu einer wirklichen Reduktion von 600 000 Pfd. Sterling. Dabei ist natürlich irgendwelche Vermehrung des deutschen Flottenetats nicht berücksichtigt. Ich will dem Hause die Flottenfrage mit vollkommener Offenheit darlegen. Es wird dies namentlich mit Bezug auf eine Macht notwendig sein. Durch eine indirekte Ausdrucksweise kann jetzt nichts gewonnen werden. Im Gegenteil, die Deutschen sind ein Volk mit derbem Verstand, deren starker männlicher Sinn und Mut vor einer offenen und ungeschminkten Feststellung von Tatsachen nicht zurückweicht und nicht verletzt wird, wenn sie höflich und ehrlich ausgesprochen werden. Jedenfalls muß ich meine Pflicht gegen das Haus und das Land erfüllen. Die Zeit ist gekommen, wo beide Nationen ohne Verstellung und Verstimmung die Bedingungen verstehen sollten, unter denen sich der Wettbewerb zur See in den nächsten Jahren gestalten wird.

Wir berechnen im Frieden unsern Schiffsbau relativ nach Prozentsätzen. Dagegen werden Flotten im Seekrieg nicht durch Vergleich, sondern durch Subtraktion berechnet. Wir müssen erwarten, daß in einem Kampf zwischen guten und ebenbürtigen Flotten auf beiden Seiten ungeheurer Schaden angerichtet wird. Das ist sehr vorteilhaft für die stärkere Seemacht. Es wird sich stets für uns lohnen, Schiff gegen Schiff jeder Klasse zu verlieren.

Der Prozeß des Ausmerzens würde uns, wenn auch auf einem fürchterlichen Wege, zu einem sicheren Siege führen, zu einem Zustand nicht relativer, sondern absoluter Überlegenheit. Mit der gegenseitigen Vernichtung der neuesten Schiffe steigen die älteren Schiffe schnell im Wert. Wir besitzen mehr Dreadnoughts als irgend zwei andere Mächte zusammen. Aber wenn alle Dreadnoughts der Welt morgen versenkt wären, so würde unsere Überlegenheit zur See weit größer sein als heute.

Churchill erklärte es für falsch und verschwenderisch, ein Schiff für die britische Flotte einen Tag eher zu bauen als es nötig sei, weil die Konstruktionspläne so schnell veralten, und fuhr fort: „Ich bin nicht bereit, gegenwärtig dem Hause die Annahme eines Standards, zwei Kiele gegen einen mit Bezug auf Deutschland zu empfehlen. Die Zeit mag kommen, wo es notwendig wird. Es ist jetzt nicht notwendig. Ich wünsche vollkommen klar zu machen, daß infolge der Maßregeln MacKennas nicht der geringste Grund zu Alarm und Verzagtheit vorliegt. Die Admiralität ist imstande, Tag für Tag die nächsten Jahre hindurch die Sicherheit des Landes und des Reiches absolut zu garantieren. Die Standards für die Flottenstärke müssen zeitweise nach den Umständen variieren. Als Frankreich und Rußland die beiden nächststärksten Seemächte waren und ihre Kombination möglich erschien, war der Zweimächte-Standard ein zweckmäßiger Grundsatz. Das Emporsteigen der Flotte einer einzelnen Macht zum ersten Rang auf dem Kontinent hat dies verändert. Wir haben nicht mehr als die größtmögliche Gefahr das Bündnis zweier etwa gleichstarker Seemächte zu betrachten, sondern die Entwickelung einer sehr starken homogenen Flotte, die einer einzelnen Regierung untersteht. Daher ist der Zweimächte-Standard nicht mehr anwendbar und unadäquat. Der tatsächliche Standard der Neubauten, den die Admiralität in den letzten Jahren verfolgte, war eine Überlegenheit von 60 Prozent in Schlachtschiffen und Schlachtkreuzern der Dreadnoughtklasse verglichen mit der deutschen Flotte, gemäß dem geltenden Flottengesetz. Andere, höhere Standards galten für kleinere Schiffe. Wenn Deutschland an dem geltenden Flottengesetz festhielte, so glauben wir, daß dieser Standard, abgesehen von unerwarteten Entwickelungen anderer Länder, einen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319120321-16/fragment/page=0001

geeigneten Maßstab für die nächsten vier bis fünf Jahre abgeben würde, soweit die Dreadnoughtklasse in Betracht kommt. Weiter hinaus zu spekulieren, ist müßig. Indes will ich keineswegs so verstanden werden, daß das Verhältnis von 16 zu 10 als ausreichende Überlegenheit über die nächststärkste Seemacht betrachtet werden dürfe. Jede Vermehrung, die Deutschland in der Zahl seiner Schiffe vornimmt, muß die Abnahme des Gefechtswertes unserer älteren Typen beschleunigen, erfordert daher besondere Maßnahmen unsererseits. Wenn wir also diesen Standard auf das geltende deutsche Flottengesetz anwenden, — zwei Schiffe pro Jahr — und wenn wir uns sorgfältig gegen unvorhergesehene Entwickelungen anderer Länder sichern, so erscheint es notwendig, abwechselnd vier und drei Schiffe der Dreadnoughtklasse die nächsten sechs Jahre hinaus zu bauen. Das ist das mindeste, was den 60-Prozent-Standard erhalten wird, und das hatten wir bei der Aufstellung des jetzigen Etats im Auge. Wenn wir uns jetzt, wie es den Anschein hat, der Vermehrung der deutschen Neubauten um zwei Schiffe in diesen sechs Jahren gegenübersehen, würden wir vorschlagen, jener Vermehrung durch ein höheres Verhältnis der Übergelegenheit zu begegnen, indem wir vier weitere Schiffe während der gleichen Periode bauen und sie über sechs Jahre verteilen.

Der Entwurf unserer Neubauten,

den ich unter aller Reserve mache, würde folgendermaßen aussehen: vier, fünf, vier, vier, vier, vier gegen zwei, drei, zwei, zwei, drei, zwei oder anderenfalls, wenn Deutschland drei Schiffe baute: fünf, vier, fünf, vier, fünf, vier gegen drei, zwei, drei, zwei, drei, zwei. Ich will indessen klar machen, daß auf eine etwaige Verzögerung oder Verminderung der deutschen Bauten, sobald sie deutlich wird, hier in gewissen Grenzen weite, voll entsprechende Reduktionen alsbald folgen werden. Wenn z. B. Deutschland eins oder sogar zwei Schiffe aus seinem jährlichen Programm fallen läßt, werden wir, falls nicht anderwärts eine gefährliche Entwicklung eintritt, sofort unsere entsprechende Quote fallen lassen, und jede Verringerung des Tempos Deutschlands würde natürlich im größerem Maßstabe von uns nachgeahmt werden, freilich in gewissen Grenzen, weil wir in gewissem Grade die Bauten anderer Mächte in Betracht zu ziehen haben. Aber nehmen wir das nächste Jahr 1913, wo Deutschland drei, England fünf Schiffe bauen will. Angenommen, wir machten beide ein Jahr Ferien, um im Buch des nationalen Mißtrauens ein weißes Blatt einzufügen, angenommen, Deutschland würde in diesem Jahr keine Schiffe bauen, so würde es sechs bis sieben Millionen Pfund Sterling sparen. Die drei Schiffe, die Deutschland nicht bauen würde, würden automatisch fünf britischen Dreadnoughts beseitigen, das ist mehr, als die Deutschen von einem wirklichen Kriege erhoffen dürften. Was die indirekten Ergebnisse selbst eines Jahres anbetrifft, so wären sie einfach unermeßlich nicht nur für die beiden großen Bruderationen, sondern auch für die ganze Welt der arbeitenden Menschheit, unermeßlich in Hoffnung und Glanz. Die Deutschen werden an Seemacht durch eine Vermehrung nichts gewinnen und durch eine Verminderung nichts verlieren. Dies ist ein vollkommen einfacher Plan, nach dem ohne diplomatische Verhandlungen, ohne Zeitschen und ohne die geringste Beschränkung der souveränen Freiheit beider Mächte diese hitzige kostspielige Rivalität zur See für eine Zeit abgestellt werden kann. Ich bin überzeugt, daß es besser ist, dies ganz einfach und offen der Beurteilung durch die Parlamente und das Volk vorzulegen.

In betreff der kleineren Fahrzeuge fordert die Admiralität zwanzig Zerstörer, die möglichst bald vollendet sein sollen, und 700 000 Pfund Sterling für Unterseeboote, deren Zahl nicht angegeben wird, weil sie den Typ genau erkennen ließe. Die kleinen Kreuzer bilden einen neuen Charakterzug des Programms. Es wird beabsichtigt, zu einem kleineren Typ zurückzukehren und acht Schiffe einer neuen Klasse zu bauen, anstatt wie bisher vier „Chatham3" und eine „Blonde". Der neue Typ ist zu bezeichnen als leichter Panzerkreuzer. Diese Schiffe sind bestimmt zur Begleitung der Kriegsflotte und stark und schnell genug, um Zerstörer einzuholen und zu vernichten, die Flotte vor einem Tagesangriff durch Zerstörer zu schützen und allgemein zwecken der Aufklärung zu dienen.

Es ist undenkbar, daß wir auf Deutschland oder eine andere europäische Macht einen unvermuteten Angriff machen. Wir haben kein Mittel, einen solchen Angriff, selbst, wenn er erforderlich wäre, zu verfolgen und den Krieg zu einem schnellen Abschluß zu bringen. Die Folgen einer Niederlage zur See wären für uns viel größer als für Deutschland und Frankreich. Wir haben eine sehr kleine Armee und könnten keine Invasion gegen einen kontinentalen Staat ausführen. Diese Tatsache rechtfertigt die maritime Suprematie Englands. Wir betrachten die Stärke unserer Flotte nur von dem Gesichtspunkte unserer Freiheit. Wir dürfen es niemals dahin kommen lassen, daß die Flotte einer einzelnen Macht uns mit begründeter Aussicht auf Erfolg angreifen könnte. Wenn dies insulare Arroganz ist, so ist es zugleich die erste Bedingung unserer Existenz. Wir beabsichtigen, die Organisation der Flotte vollständig zu ändern. Wir werden im Mobilmachungsfalle eine Flotte von 57 bezw. 65 Kriegsschiffen haben gegenüber einer Zahl von 38 der nächststärksten Seemacht. Der hauptsächlichste Betrag der Kosten entfällt auf die Vermehrung des Mannschaftsbestandes. Die Vermehrung unter dem jetzt geltenden deutschen Gesetz beträgt 3500 Mann. Dagegen fordern wir nur 2000 Mann. Wenn anderwärts weitere Vermehrungen stattfinden, würden wir es für notwendig erachten, beträchtliche Vermehrungen zu fordern.

Lord Beresford erklärte, der erste Paragraph der dem Flottenetat beigegebenen Denkschrift sei eine indirekte Drohung und Herausforderung gegen Deutschland. Churchill hätte das, was zur Verteidigung des Reiches notwendig sei, auch ausführen können, ohne Deutschland zu erwähnen oder unnötige Aufregung zu verursachen. Dies sei nicht das Mittel gewesen, den Frieden zu wahren oder zu einer Einschränkung der Rüstungen zu gelangen.

*

Die englische Presse beschäftigt sich mit der jüngsten Flottendebatte im Unterhause. Der sachliche Inhalt des Flottenprogramms findet fast allgemein Zustimmung. „Daily Chronicle" schreibt, Churchill habe seinen Etat voll gerechtfertigt und nichts gesagt, was in Deutschland irgendwie als eine Herausforderung aufgefaßt werden könnte.

„Daily News" schreiben: So bewundernswert auch Churchills Offenheit und so aufrichtig sein Anerbieten war, so bezweifeln wir doch, ob sie das richtige Mittel gegen die beklagenswerte Rivalität sind. Niemals hatte ein Skzweig ein furchtbareres Aussehen.

„Morning Post" sagt, die Rede war so klar wie bedeutend. Wir sind aber nicht ganz sicher, daß sie auch klug war. Die Rede enthielt eine Herausforderung an Deutschland, seine Flottenpolitik zu modifizieren. Wir bezweifeln die Weisheit eines solchen Appells.

Der „Standard" meint, der Flottenetat selbst könne in Deutschland, wenn auch nicht begeistern, so doch kein Ärgernis hervorrufen; aber es wäre sicher nicht nötig gewesen, wieder in eine detaillierte Erörterung der beiderseitigen Flottenstärken einzutreten.

Die „Times" rühmt die Rede Churchills als die beste Darlegung der Flottenpolitik seit der berühmten Erklärung Lord Hamiltons.

Der Streik im Ruhrrevier.

Das Ende des Streiks

scheint endlich näher zu kommen. Aus Bochum wurde am Dienstag nachmittag gemeldet:

Nach sechsstündiger Beratung der Revierkonferenz des Dreibundes haben von 577 Stimmberechtigten 349 für Fortsetzung des Streiks und 215 für Abbruch desselben gestimmt. Die Konferenz tagt weiter. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß der Streik heute noch beendet wird. Über die Entscheidung der Konferenz ging uns später noch folgendes Telegramm zu:

Bochum, 19. März. Die Revierkonferenz hat eine Resolution gefaßt, in der es heißt, daß es nicht mehr möglich sei, den Kampf mit Erfolg weiterzuführen. Die Konferenz hat deshalb beschlossen, den Streik aufzuheben und fordert die Kameraden alle auf, diesem Beschlusse zu folgen. Die Konferenz erklärt, daß nur die rigorosen Maßregeln gegen die staatsbürgerlichen Rechte, die systematische Irreführung und die Verhetzung der öffentlichen Meinung durch die arbeiterfeindliche Presse es vermocht haben, den Kämpfenden ihren Erfolg aus der Hand zu schlagen. Zum Schluß fordert die Konferenz alle Bergarbeiter auf, zur Stärkung der am Kampfe beteiligten Organisationen dazu beizutragen, daß die Bergarbeiter baldmöglichst wieder auf dem Kampfplatz erscheinen können.

Verurteilungen

wegen Streikausschreitungen werden weiterhin aus Bochum und Dortmund gemeldet.

Die ersten Fälle von Vergehen Ausländischer kamen nach der „Köln. Ztg." am Montag vor der Bochumer Strafkammer zur Aburteilung. Die Angeklagten waren sämtlich Polen. Wegen eines Überfalles auf den Invaliden Ulke wurde der Arbeiter Idaszek zu einem Jahr, der Mitangeklagte Arbeiter Kamalski zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Letztere Strafe traf auch den Bergmann Malinowski, der auf einen Arbeitswilligen geschossen hatte. Die Vorfälle hatten sich auf den Kruppschen Zechen Hannibal und Hannover abgespielt.

Aus Dortmund berichtet die „Rhein.-Westf. Ztg.": Eine große Anzahl Personen, die bei den Auftritten am Borsigplatz oder auf der Borsigstraße, wo sich die Schächte Kaiserstuhl 1 und 2 befinden, beteiligt waren, sind wegen Werfens mit Steinen auf Grund der Oberpräsidialverfügung durch amtsrichterlichen Strafbefehl mit 13 Tagen oder 3 Wochen Haft belegt worden.

Dynamittattentat gegen Arbeitswillige.

In Asseln (Landkreis Dortmund) wurden, wie „Wolffs Bureau" meldet, in der Nacht zum Dienstag an den Wohnungen dreier Arbeitswilliger Dynamitpatronen zur Explosion gebracht. Türen und Fenster wurden stark beschädigt. Personen wurden nicht verletzt. Die Behörden haben die Untersuchung eingeleitet. Auf die Ermittelung der Täter ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

*

Aus den verschiedenen inländischen Streikgebieten liegen heute folgende Meldungen vor:

Hannover, 19. März. Wie aus Barsinghausen gemeldet wird, ist die Lage des Ausstandes gegen gestern unverändert. Aus Hannover sind zwanzig Schutzleute eingetroffen, die auf die verschiedenen in Betracht kommenden Orte verteilt werden.

Bückeburg, 19. März. Beim Gemeinschaftswerk in Oberkirchen sind heute früh von 940 Arbeitern 459 angefahren, somit fehlen 481. An der Konferenz, die gestern abend zwischen Vertretern des Bergamts und den Bergleuten stattgefunden hat, wurde vom Bergamt ab 1. April eine Erhöhung des Lohnes um 10 Pfennig pro Schicht zugestanden. Heute nachmittag und abends finden in verschiedenen Dörfern des Bergamts Bergarbeiterversammlungen statt, in welchen die Entscheidung über den weiteren Streik getroffen werden soll.

Chemnitz, 19. März. Im sächsischen Streikgebiet streiken heute 50—52 Prozent. In Olsnitz wurden die Arbeitswilligen vielfach durch Streikende belästigt und es war ein großes Gendarmerieaufgebot aus der Lausitz eingetroffen. In Lugau streikten heute 38 bis 40 Prozent der Belegschaft der großen Zechen. Im Zwickauer Streikrevier hat der Streik nicht den Umfang angenommen, den man anfangs erwartet hatte. Im ganzen Bezirk streikten heute von 10,461 Arbeitern nur 4307. Zum Schutz der Arbeitswilligen und zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sind gestern von auswärts Gendarmen herangezogen worden. Die Amtshauptmannschaft Zwickau erläßt eine Bekanntmachung, in der sie die Streikenden zur Ruhe und Ordnung auffordert.

Zabrze, 19. März. Eine Bewegung der Schlepper vom Hermannsschacht hat in ziemlichem Umfange auf die Perembaschächte übergegriffen und scheint sich auf den Georgsschacht ausdehnen zu wollen, während auf dem Westfelde alles ruhig ist. Bei der gestrigen Nachtschicht fehlten auf dem Hermannsschacht 319 von 684 und auf den Perembaschächten 233 von 684 Mann. Heute früh fuhren auf dem Hermannsschacht 581 von 777, auf den Perembaschächten 255 von 702 und auf dem Georgsschacht 95 von 596 Mann ein.

Die Streikbewegung im Ausland.

Prag, 19. März. In Brüx sind bei der Nachmittagsschicht von 736 Bergleuten 684 nicht eingefahren. Zum Schutz der Arbeitswilligen ist Gendarmerie aufgeboten worden. Im Teplitzer Gebiet wird der Ausstand für den 31. März angekündigt, falls die Forderungen unbeantwortet bleiben. Doch hält ein Teil der Arbeiterschaft diesen Zeitpunkt für zu weit hinaus geschoben mit Rücksicht auf die der Lösung sich nähernde Streiklage in Deutschland und England. Im Kladner Revier haben die Grubenbesitzer beschlossen, eine Lohnerhöhung vom 1. April ab in Aussicht zu stellen.

Brüssel, 19. März. Infolge einer neuen 5 bis 10prozentigen Lohnerhöhung beschlossen die belgischen Bergarbeiter-Verbände von einem Ausstande abzusehen.

Valenciennes, 19. März. Der Bergarbeiterausstand breitet sich über das ganze Revier aus. Von 13 000 Arbeitern sind 6500 ausständig. — Die Delegierten der Syndikatsabteilungen haben den Streik beschlossen. Man werde versuchen, ihn zu einem Generalstreik zu machen. Die Bergleute des Gebiets von Abscon stimmten gleichfalls für den Streik; sie fordern den achtstündigen Arbeitstag, und nach 25 Jahren Arbeit eine Pension von 2 Frc. täglich.

Zum Zweck der Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks wird nunmehr, wie bereits angekündigt, da die Verständigungskonferenzen fruchtlos geblieben sind, die Kinke der Gesetzgebung ergriffen werden. Ein Telegramm aus London meldet:

Im Unterhaus teilte Premierminister Asquith am Montag mit, daß er am Dienstag einen Gesetzentwurf über die Gewährung eines Mindestlohnes an Bergarbeiter, die in Kohlenbergwerken unter Tage beschäftigt sind, und über andere damit zusammenhängende Fragen einbringen werde. Er werde über die Verhandlungen und die Gründe zu dem Gesetzentwurf erst in der Dienstag-Sitzung eine Erklärung abgeben. Nach Ansicht der Regierung sei die Erledigung der Gesetzesvorlage durch das Unterhaus so schnell als möglich, nämlich bis zum nächsten Donnerstag, geboten. In diesem Falle würde sie am Freitag vom Oberhause beraten werden und am Sonnabend die Zustimmung des Königs erhalten. Der Premierminister bemerkte weiter, die für die Debatte über den Gesetzentwurf zur Verfügung gestellte Zeit würde durch einen Schlußantrag beschränkt werden, und es sei nötig, die Debatte über den Flottenetat, von dem ein Teil bis zu einem gewissen Termin angenommen werden müßte, zu verkürzen. Die Regierung würde jedoch Gelegenheit geben, die Beratung des Etats bald fortzusetzen. Bonar Law erklärte sein Einverständnis damit, daß die Vorlage, wenn sie anzunehmen sei, ohne unnötige Verzögerungen angenommen werden sollte, äußerte aber Bedenken, ob die Erledigung der Vorlage bis zum Donnerstag Zeit zu angemessener Diskussion lassen werde. — Sodann gab Asquith der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, über die den verschiedenen Beratungsstadien der Vorlage zu widmende Zeit zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Der Gesetzentwurf über die Minimallöhne in den Bergwerken wurde am Montag der Arbeiterpartei vorgelegt. Die Vorlage wird, wie die Zeitungen melden, von der Arbeiterpartei einschließlich der Vertreter der Bergleute angenommen werden.

Die englische Mindestlohn-Bill.

Die hauptsächlichsten Bestimmungen sind angeblich: 1. die Vorschrift, daß künftige Kontrakte zwischen Bergleuten und Minenbesitzern eine Erklärung über den für unterirdisch arbeitende Leute zu zahlenden Mindestlohn enthalten sollen; 2. die Bildung eines Komitees für jeden Distrikt zur Festsetzung des Mindestlohnes; 3. die Ernennung von Vertretern der Regierung als Mitglieder dieser Komitees; 4. Strafen für Minenbesitzer, die weniger als den Mindestlohn bezahlen; 5. Strafen für Bergleute, die einen geringeren als den vereinbarten Mindestlohn annehmen. Das geplante Gesetz enthält, soviel bekannt ist, keine Maßregeln, welche die Arbeiter zwingen könnte, sich mit den von den Distriktskomitees vereinbarten Mindestlöhnen zu bescheiden.

Zweifellos ist die ganze oppositionelle Partei gegen das sehr einseitige Gesetz, und mit Hilfe einer Anzahl liberaler Mitglieder, die in diesem Punkte nicht mit ihrem Führer Asquith übereinstimmen, dürfte es ihr nicht schwer fallen, die Vorlage niederzustimmen. Das aber würde einen Zusammenbruch der Regierung bedeuten. Ein Regierungswechsel aber wäre der unionistischen Partei im Augenblicke, so merkwürdig das klingen mag, keineswegs willkommen, da man wohl fühlt, daß Balfours Nachfolger mit der gegenwärtigen Lage noch viel weniger fertig würde als Asquiths Kabinett.

Aus London erhält die „Mgd. Ztg." dazu folgendes Privattelegramm vom 19. März: Eine große Volksmenge umlagert Westminster, wo die historische Unterhaussitzung stattfindet; man fühlt allgemein, daß heute ein neuer wichtiger Abschnitt in der Geschichte Englands beginnt, nämlich ein Abschnitt tief eingreifender sozialer Gesetzgebung. Die Intervention der Staatsgewalt zugunsten der Arbeiterklassen gegen die Arbeitgeber. Die gesamte konservative Presse beschuldigt Asquith, daß er die Staatsgewalt den Massen ausliefere. Nach den Bergleuten werden nun die Eisenbahner und andere Arbeiterkategorien mit Hilfe des Staates ihre Lohnforderungen und andere Wünsche durchsetzen. Trotzdem werden die Konservativen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319120321-16/fragment/page=0002

der Bill Asquiths keine Opposition machen aus Furcht vor noch Schlimmerem. In den Wandelgängen des Parlaments versicherte der Arbeiterführer Macdonald, am Montag werde der Ausstand bestimmt zu Ende sein.

Die Ruhe in den schottischen Bergwerksbezirken, in denen es am Sonnabend zu Ruhestörungen gekommen war, ist wiederhergestellt. Nur in Belfast stieß Montag abend eine feindliche Menge mit nichtorganisierten Bergarbeitern zusammen, die von der Arbeit kamen, und warf die Polizeimannschaft, die die Nichtorganisierten nach Hause geleitete, mit Steinen.

Der Lordmayor von Sheffield erklärte als Vorsitzender einer Versammlung der Aktionäre der William Jessops and Sons Limited-Sheffield, daß infolge des Streiks in diesem Jahre nur für 10 Monate auf Geschäft zu rechnen sei, während für 12 Monate Ausgaben gemacht werden müßten. In der letzten Woche sei ein großer Auftrag von 5000 Lstrl. an Materialwert allein der Gesellschaft verloren gegangen und nach Deutschland gewandert.

An der Londoner Kohlenbörse wurden am Montag eine weitere Preiserhöhung um 4 Schilling pro Tonne beschlossen. Beste Haushkohle kostet nun 40 Schilling pro Tonne.

Der Krieg um Tripolis.

Das „Reutersche Bureau" erfährt aus gut unterrichteten italienischen Kreisen, daß die Antwort der italienischen Regierung auf die von den Mächten durch ihre Vertreter in Rom in Sachen des Friedens unternommenen Schritte in friedfertigem Tone gehalten ist. Man hofft, daß sie den Mächten eine Fortsetzung ihrer Bemühungen um den Frieden ermöglichen wird, und man hält es für wahrscheinlich, daß die Verhandlungen zwischen den Mächten und Italien noch weiter geführt werden, bevor erstere sich über eine Formel entscheiden, die sie in Konstantinopel vorlegen können. Vom türkischen Ministerium des Äußern wird amtlich erklärt, daß während des letzten diplomatischen Empfanges die Botschafter der Mächte keine amtliche Erklärung in bezug auf die italienischen Friedensbedingungen abgegeben hätten. Nach ergänzenden Mitteilungen wird in der Antwort Italiens an die Mächte nicht von der Anerkennung der Annexion, sondern von der Souveränität Italiens über Lybien gesprochen. Ferner soll es darin heißen, Italien werde die persönliche religiöse Freiheit der Muselmanen anerkennen, sei auch unter Umständen zum Verzicht auf die italienische Post in der Türkei und zur Zahlung einer Entschädigung für die Staatsdomänen bereit.

Politische Übersicht.

Italien. Aus Anlaß der Reise des Königs nach Venedig werden ganz außerordentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen. Sogar die Bahnstrecke wird überwacht. Zahlreiche Detektivs sind bereits in Venedig eingetroffen. Der König wird Kaiser Wilhelm im Königspalast in Venedig ein Festmahl geben, das der deutsche Kaiser an Bord der „Hohenzollern" erwidern wird.

Frankreich. Präsident Fallières unterzeichnete am Dienstag im Ministerrat einen Gesetzentwurf betr. die Verlängerung der internationalen Zuckerunion. Die Vorlage wird heute der Kammer zugehen. — Der englische Botschafter in Paris Bertie hatte am Montag eine lange Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré. Man glaubt, daß sie die Schwierigkeiten der französisch-spanischen Marokko-Verhandlungen zum Gegenstande hatte. — Die Deputiertenkammer hat am Montag mit 286 gegen 245 Stimmen den vom Minister des Innern Steeg befürworteten Artikel des Wahlreformgesetzes angenommen, wonach in jedem Departement bezw. Wahlkreis mehrere Listen sich verbinden können. Die Gegner der Wahlreform hatten diesen Artikel seit Wochen leidenschaftlich bekämpft. — Marineminister Delcassé verfügte, daß die Unterseeboote nunmehr gleich den Flotillen der Torpedobootszerstörer die Schlachtschiffe begleiten und an allen Gefechtsübungen teilnehmen sollen. Das Oberkommando über die Unterseebootsflottille wird einem Kapitän zur See anvertraut werden.

Rußland. Der russische Botschaftsrat in Berlin von Schebeko ist zum Gesandten in Bukarest ernannt worden. — Bei der Budgetberatung in der Reichsduma wies das Mitglied der Rechten Berosowski auf die Unzulänglichkeit der Operationen der Bauernbank hin. Man behauptet, in den Westprovinzen seien gegen 700 000 Dessjatinen Land in die Hände von deutschen Kolonisten übergegangen, die die russische Bevölkerung zur Auswanderung nach Sibirien zwängen. Die deutsche Ansiedlung gehe methodisch vor sich. Da genaue Beweise nicht vorlägen, glaube er nicht an eine systematische Besetzung russischen Gebiets, indessen müsse die Regierung die Tatsachen, auf die er hingewiesen habe, in ernstliche Erwägung ziehen. Die deutschen Mitglieder der Duma sollten sich nicht beleidigt fühlen; wenn sie Reichstagsabgeordnete wären, würden sie wahrscheinlich für das Enteignungsgesetz gestimmt haben. — Ein komischer Kauz, dieser Berosowski! — Der Ministerrat bewilligte die Anweisung von 35½ Millionen Rubel aus Staatsquellen für die Verpflegung der Notstandsgebiete, deren Kosten gegenwärtig 154 Millionen Rubel erreicht haben.

Portugal. Wie das „Reutersche Bureau" von diplomatischer Seite hört, sind die Hinweise, die zurzeit in Lissabon auf einen englisch-portugiesischen Bündnisvertrag gemacht werden, auf Gerüchte zurückzuführen, die über den deutsch-englischen Geheimvertrag von 1898 wiederholt im Umlauf waren. In den englisch-portugiesischen Beziehungen ist ebensowenig wie in der allgemeinen Lage, die die beiden Länder berührt, irgend eine Änderung eingetreten. Infolge des in gewissen Kreisen herrschenden Eindrucks, daß England und Deutschland unter gewissen Umständen an eine Teilung der portugiesischen Kolonien dachten, hat die portugiesische Regierung nach Befragung der englischen es für notwendig gehalten, die Tatsache bekannt zu machen, daß kein englisch-deutscher Vertrag eine Klausel enthält, durch die die Unabhängigkeit und der Bestand der portugiesischen Besitzungen bedroht würde. Der portugiesische Gesandte in London hat dem „Reuterschen Bureau" mitgeteilt, daß der alte englisch-portugiesische Vertrag im Jahre 1899 erneuert worden ist, ein Jahr nach dem deutsch-englischen Abkommen, betreffend die portugiesischen Kolonien. Der Gesandte fügt hinzu, England brauche Portugal nicht zu versichern, daß seine Haltung der Republik gegenüber dieselbe sein werde, wie gegenüber der Monarchie.

Türkei. Wie auf der Pforte erklärt wird, dauern die russischen Truppenkonzentrationen an der Kaukasusgrenze fort. In amtlichen Kreisen glaubt man, Rußland wolle die Pforte einschüchtern, um die Zurückziehung der türkischen Truppen aus dem persischen Gebiet zu erzwingen. Den türkischen Blättern zufolge gab Tschaykow aus Anlaß eines Besuchs bei dem Minister des Äußern Assim Bei diesem Aufklärung über die russischen Truppenkonzentrierungen, die bezweckten, die Ordnung in der persischen Provinz Aserbeidjan zu sichern.

Marokko. Die Einleitung zum französischen Marokko-Protektorat. Nach in Tanger eingelaufenen Nachrichten verläuft die Reise des Gesandten Regnault, der mit seinem Zuge am 25. d. M. in Fez eintreffen soll, normal. Die Gouverneure und Kaids bringen beim Durchzug der Mission die üblichen Geschenke und die Bevölkerung sieht mit Neugier auf den stattlichen Zug. Am Sonntag kam ein Abgesandter Raisulis mit Geschenken an. Raisuli selbst ließ sich wegen Krankheit entschuldigen. — Dem „Echo de Paris" zufolge werden in Marokko außer Jonnart noch die ehemaligen Minister und Deputierten Ungagneur, Vivianí und Messimy genannt. Ebenso gelte der Gesandte Regnault als ein sehr ernsthafter Bewerber.

China. Die „Times" meldet aus Nanking vom 18. d.: Die Nationalversammlung nahm heute in einer Resolution als Antwort auf eine Petition chinesischer Frauen das Prinzip des Frauenwahlrechtes an, verschob indes die Ausführung auf unbestimmte Zeit. Die Soldaten aus Kiangsi stürmten am Montag das Zollamt, wurden aber von den Kantonesen zurückgetrieben. — Die „Times" meldet aus Tokio vom 18. d. M., Japan beabsichtige, die Einladung der Teilnahme an der chinesischen Anleihe anzunehmen. Die Speciebank werde wahrscheinlich den japanischen Anteil übernehmen. — Es bestätigt sich, daß Japan das Angebot, sich an der chinesischen Anleihe zu beteiligen, angenommen und die Speciebank mit seiner Vertretung im Anleihesyndikat beauftragt hat. — Die provisorische Regierung in Kanton hat beschlossen, die meuternden Truppen aus den Regierungsforts der Danes-Insel in der Nähe von Whampoa zu vertreiben. Chinesische Kanonenboote beschießen die Forts, die das Feuer erwidern. Ein britischer Flußdampfer meldet, daß die Kanonade sehr heftig sei.

Nordamerika. Zum Schutz deutscher Reichsangehöriger in Mexiko hat nach offiziöser Verlautbarung die deutsche Regierung durch ihren Vertreter in Mexiko alle geeigneten Maßnahmen ergreifen lassen. Hierbei hat es sich als notwendig erwiesen, denjenigen Deutschen, die sich zurzeit an besonders bedrohten Punkten des inneren Mexiko aufhalten, den Rat zu erteilen, ihren Wohnsitz fürs erste möglichst an die Küste des Landes zu verlegen. Über die kürzlich gemeldeten Ausschreitungen mexikanischer Insurgenten an weißen Frauen, darunter auch an einer deutschen, liegen noch keinerlei beglaubigte Nachrichten vor. Jedenfalls ist aber, so meint der Offiziosus, von seiten der deutschen Gesandtschaft alles geschehen, um auch über diesen angeblichen Vorfall Gewißheit zu erlangen und erforderlichen Falles Remedur zu schaffen. — Uns will es scheinen, als fürchte man sich wegen der Vereinigten Staaten vor energischen Schritten gegen das mexikanische Gesindel.

Neue Krisengerüchte.

Ein Unglück kommt selten allein, und auch die Ministerstürze treten häufig massenhaft auf. Wenn nicht alles täuscht, befinden wir uns wieder einmal mitten in einer inneren Krisis, und am Dienstag sprach man in politischen Kreisen der Reichshauptstadt vielfach von einer Erschütterung der Stellung des Reichskanzlers. Die Verschiebung der Reise des Kaisers nach Wien und Korfu läßt unzweifelhaft darauf schließen, daß in den oberen Regionen wieder einmal etwas nicht in Ordnung ist. Ob dabei die Flottenrede Churchills auch Überraschungen und Unbequemlichkeiten geboten hat, steht dahin. Die Beurteilung dieser Rede ist eine sehr mannigfache. Von der einen Seite wird sie als Drohung aufgefaßt, der bald eine entscheidende Tat folgen müsse, auf der anderen Seite schätzt man sie viel ruhiger ein und glaubt man sogar, daß sie nicht ohne ein gewisses Einverständnis mit der deutschen Regierung erfolgt sei, die den Flottenschwärmern im eigenen Lande ad oculos demonstrieren wolle, daß die Flottenrüstungen Deutschlands ganz mechanisch eine entsprechende Vermehrung der englischen Flotte nach sich ziehen müssen und daher eine ewige Steigerung derselben zwecklos sei. Vermutlich aber gehen diejenigen nicht fehl, die in der englischen Flottenrede einen Beweis dafür erblicken wollen, daß England eine weitere große Vermehrung der Schiffe nicht mehr mitmachen kann, weil es ihm einfach an der nötigen Bemannung dafür fehlt. Der Zar kam seinerzeit auch gerade mit der Haager Friedensidee heraus, als er militärisch auf sehr schwachen Füßen stand! England hat möglicherweise jetzt das Bestreben, der Welt Deutschland als den eigentlichen Störenfried hinzustellen, wenn es nun noch immer weiter rüstet trotz der offenherzigen englischen Erklärungen. Nun, die deutsche Bevölkerung hat sicherlich in ihrer überwiegenden Mehrheit kein Bedürfnis, die Marine weiter auszugestalten, als es das vaterländische Interesse unbedingt erheischt.

Inzwischen zeigt sich Herr von Bethmann Hollweg wieder einmal erstaunt darüber, daß man die Weisheit seiner Politik im deutschen Publikum nicht ohne weiteres anerkennt. In der „Nordd. Allg. Ztg." wird zunächst eingehend der Behauptung entgegengetreten, die Entschließungen des Bundesrats hinsichtlich der Deckung bedeuteten einen Sieg Bayerns. Und dann kommt der Ärger darüber zum Ausdruck, daß die liberalen Parteien nun nicht gleich vor Wonne beben über die geplante Aufhebung der Liebesgabe. Der Herr Reichskanzler kann es eben niemandem recht machen — es ist wirklich heutzutage schwer, Reichskanzler zu sein — und zu bleiben!

Deutschland.

Berlin, 20. März. Der Kaiser besuchte am Dienstag morgen den Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz, der seinen Geburtstag beging. Später empfing er den neu ernannten Schatzsekretär Kühn. Ferner nahm er die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts Frhrn. v. Lyncker und des Chefs des Admiralstabs der Marine Vizeadmirals v. Heeringen entgegen. — Die Reise des Kaisers nach Korfu sollte nach einem Gerücht aufgegeben sein. An unterrichteter Stelle wird dieses Gerücht als „ganz falsch" bezeichnet. Einigen Blättern zufolge soll die Reise nur um einige Tage verschoben worden sein. — Am Freitag nachmittag, kurz nach 6 Uhr, werden nach dem „B. L.-A." der Kaiser, Prinzessin Viktoria Luise und das Prinzenpaar August Wilhelm vom Bahnhof Friedrichstraße aus die Reise nach Wien bezw. Korfu antreten.

— (Ein Besuch des Kaisers bei dem französischen Botschafter) Cambon sollte am Dienstag abend stattfinden. Cambon gibt ein Diner, an dem neben dem Kaiser auch der Reichskanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen v. Kiderlen Wacchter und der Chef des Generalstabes v. Moltke teilnehmen werden. In Paris wird diesem Kaiserbesuche große Bedeutung beigemessen.

— (Der Reichskanzler) v. Bethmann Hollweg empfing am Dienstag den Staatssekretär a. D. Wermuth, der sich von ihm verabschiedete.

— (Das Direktorium der neuen Reichsversicherungsanstalt.) Nachdem der Bundesrat am Sonnabend über die dem Kaiser zur Ernennung vorzuschlagenden Mitglieder des Direktoriums Beschluß gefaßt hat, dürfte, wie eine offiziöse Korrespondenz meldet, die Ernennung des Geheimen Oberregierungsrats Koch vom Reichsamt des Innern zum Präsidenten der neuen Anstalt nunmehr in Kürze erfolgen. Als weitere Mitglieder des Direktoriums dürften Geheimer Oberregierungsrat Dr. Beckmann vom Reichsamt des Innern und Regierungsrat Lehmann vom Reichsversicherungsamt ernannt werden.

— (Kein Salonwagen.) Wie der „Bayerische Kurier" erklärt, ist dem Frhrn. v. Hertling kein Salonwagen zur Rückreise von Berlin nach München zur Verfügung gestellt worden. Dann haben eben „Germania" und „Köln. Volksztg." allerliebst geflunkert.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Es ist bekannt, dass alle guten Fabrikate recht bald in geringerer Qualität und in möglichst ähnlicher Packung nachgemacht werden. — So ist es auch mit

Dr. Oetker's Backpulver
Dr. Oetker's Puddingpulver
Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
etc. etc.

Ueberall tauchen Nachahmungen davon auf. Die kluge Hausfrau achte beim Einkauf daher darauf, nur die echten Fabrikate zu erhalten mit dem Namen

„Dr. Oetker's"

Ueberall zu haben!

1 Päckchen 10 Pfg. 3 Stück 25 Pfg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319120321-16/fragment/page=0003

Schluss des Ausverkaufs

meines Lagers in

Leib-, Tisch-, Haus- u. Bettwäsche sowie Gardinen und Strumpfwaren

Sonnabend d. 23. März.

Wäschehaus

Adolf Schäfer, Merseburg.

Von **Donnerstag den 21. März cr.** steht wieder **ein großer Transport**

I. Klasse dänischer Arbeitspferde

sowie eine **Auswahl schöner**

hannöverscher und holsteiner Wagenpferde

bei mir zum Verkauf. **Kulanteste Bedienung bei soliden Preisen.**

Telephon Nr. 104. **A. Scheyer, Weißenfels.**

Wegen Aufhebung des Hausierhandels bis zum 30. April steht von heute ab wieder ein großer Transport

Läuferschweine

bei mir zum Verkauf

Ludwig Schnellhardt, Gasth. gr. Linde.

Von heute ab stehen wieder fortwährend **große und kleine**

Läuferschweine

bei Herrn **Ernst Schunke II** in **Großkayna** zum Verkauf.

Ernst Schnellhardt, Viehhändler.

Theater

„Weisse Wand"

(Altes Schützenhaus).

Achtung! Achtung!

Nur zwei Tage:

Mittwoch und Donnerstag

das große moderne Sensations-Drama

Eine von Vielen.

a la Weiße Sklavin.

3 Akte. Spieldauer 1½ Stunde.

Die schlechte Zensur.

Ergreifendes Drama aus dem Volksleben.

Ferner das andere diverse Programm.

Von Freitag den 22. März ab Dienstags und Freitags Programmwechsel.

Um zahlreichen Besuch bittet

Herm. Scherlitz.

Cocosa

Feinste

Pflanzen-Butter

MARGARINE

Holl. Marg. Werke Jurgens & Prinzen G.m.b.H. Goch, Rhld.

Garniert. Hüte

empfiehlt in großer Auswahl

J. Hagen, Entenplan Nr. 9.

NB. Wegen Aufgabe dieses Artikels

Sommer-Handschuhe

zu äußerst herabgesetzten Preisen.

Schneidern Sie gern?

Sie werden es sicher tun, wenn Sie die so leichten und formenschönen **Favorit-Schnitte** verwenden, 1000 fach gelobt! Anleitung durch das reichhaltige Favorit-Moden-Album (nur 60 Pfg.), Jugend-Moden-Album (60 Pfg.) bei **Marie Müller Nachf.**, M. Merker, H. Sachse.

Schulranzen

in allen Preislagen empfiehlt

Paul Florheim,

Burgstraße 12.

Mitglied v. Rabatt-Spar Verein.

Konfirmations-Geschenke

kaufen Sie sehr vorteilhaft im

Spielwarenhaus Wilhelm Köhler

Gotthardtstr. 5.

Achtung!

Kartoffeln

Gute Speise- u. Saatkartoffeln wie Magnum bonum, Kaiserkrone, Up to date, Industrie, Maerker, sowie

Kohl- und Futterrüben, Rotkohl, Meerrettich

sind waggonweise eingegangen und stehen zum Verkauf

Fr. Peege, Hallesche Str. 21.

Frühe

Saat-Kartoffeln

verkauft

Richard Klauss,

Weißenfelser Straße.

Dörrobst, Mischobst, Preißelbeeren, Apfelsinen,

die besten und letzten Früchte.

Malta-Kartoffeln

empfiehlt bestens u. billigst

Paul Kulicke,

Lindenstr. 19. Ecke Karlstr.

Fast schmerzlos! Keine Narbe!

Tätowierungen, Muttermale, Leberflecke Warzen, Hühneraugen

entfernt garant. ohne Ätzen oder Schneiden (durch elektr., gesetzlich gesch. Verfahren)

Alfred Kluge

Friseur, Bahnhofstraße Nr. 10.

Sämereien

beste Erfurter

Paket 10 Pfg.

Reinhold Rietze,

Kaiser-Drog., Roßmarkt.

Schwefelkalkbrühe,

Kilo 40 Pf. Beste Anwendungszeit März—April.

Obstbaum-Karbolineum,

Radikalmittel gegen Blut- und Schildläuse, Brand- und Krebsschäden. **Kilo 60 Pf.** Mit Wasser zu verdünnen. Nur in der

Drogen- u. Farbenhdlg. von Oskar Leberl,

Burgstraße 18. Burgstraße 18.

Nähmaschinen

werden schnell u. gut **repariert** bei **L. Albrecht,** Schmale Str. 14.

Zur Frühjahrs-Kur!

Dr. Triebels Blutreinigungstee (a 1,00) und

Dr. Triebels Abführtee (a 0,50 Mk.).

Domapoth. Merseburg

Unverwüstlich wird Linoleum durch Kunstol-Politur!

In Merseburg in folg. Drogerien: **Herm. Weniger,** Neumarkt-Drog. **Rich. Kupper,** Central-Drog.

Aromatisches Nervenberuhigungselixir,

Flasche 2,25 Mk., auch in **Tabletten** 2,25. Absolut unschädl., unübertroffenes Mittel bei **Schlaflosigkeit** nervösen Ursprungs, nervösen **Erregungs-Zuständen, Neuralgie, Melancholie** rc. **General-Depot: Löwen-Apotheke, Halle S., a. Markt.**

„Ich litt seit 3 Jahren an gelblichem Ausschlag mit furchtbarem

Hautjucken

Durch ein halbes Stück **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** habe ich das Übel völlig beseitigt. H. S., Polizei-Serg." a St. 50 Pf. (15% olg) u. 1,50 Mk. (33% ig, stärkste Form). Dazu **Zukoth-Creme** (nichtfettend u. mild) 75 Pf. u. 2 Mk. Bei **Willy Stieslich** u. **Rich. Kupper.** Drog.

Krankheiten

sowie **Frauenleiden,** auch veraltete Fälle, werden mit gutem Erfolg behandelt.

Albrechts Naturheilanstalt, Halle a. S., Tel. 2693. Prosp. frei.

Ritter

Flügel Pianos

1911

Weltausstellung-Turin-Grand Prix

Filiale Merseburg, Ober Burgstr., Vertr. Rud. Meckert.

Hierzu 1 Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319120321-16/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Correspondent".

Nr. 68. Donnerstag den 21. März 1912.

Die Zuckerkonvention.

Die Verhandlungen über die Verlängerung der Brüsseler Zuckerkonvention sind bekanntlich jetzt zum Abschluß gelangt. Man schreibt uns dazu aus parlamentarischen Kreisen:

Da die Bestimmungen der Konvention bereits am 1. April des Jahres in Kraft treten sollen, so muß dem Reichstage noch vor den Osterferien eine entsprechende Vorlage seitens der verbündeten Regierungen zugehen. Die Konvention lief allerdings erst am 1. September 1913 ab, doch benutzte Rußland die bestehende Zuckerknappheit, um schon vorher eine Änderung der für den Zuckerexport Rußlands geltenden Beschränkungen herbeizuführen. Rußland selbst hatte sowohl im Jahre 1910 wie auch im letztvergangenen Jahre eine außerordentlich große Zuckerernte und hatte den Wunsch, das ihm zustehende Ausfuhrkontigent wesentlich zu erhöhen. Es begegnete sich in diesem Wunsche mit England, das von einem vermehrten Angebot russischen Zuckers eine Herabsetzung der seinen Konsum stark belastenden Zuckerpreise erwartete. Die übrigen der Zuckerkonvention angeschlossenen Exportländer waren geneigt, dieser Forderung Rußlands entgegenzukommen. Nur über die Höhe des Mehrkontingents waren die Meinungen verschieden. Vor allen Dingen widersetzte sich Deutschland im Interesse seiner Zuckerindustrie jenem Verlangen. Erreicht wurde schließlich, daß die Zuckerkonvention auch über den 1. September 1913 hinaus für fünf weitere Jahre bestehen bleibt, was wir nach den früheren Erfahrungen mit Freude begrüßen. Rußland erreichte für das laufende Jahr eine Erhöhung seines Ausfuhrkontingents um 150 000 t, für die beiden folgenden Jahre um je 50 000 t — ein Zugeständnis, das den deutschen Unterhändlern zweifellos nicht leicht wurde, ohne das aber eine Fortsetzung der Konvention nicht nur zweifelhaft, sondern unmöglich war. Die in der deutschen Zuckerindustrie hervorgetretene Ansicht, unter keinen Umständen in die Forderung unseres östlichen Nachbars zu willigen, würde dazu geführt haben, den früher so überaus schädlichen Prämienkampf zu erneuern. Wenn in denselben Kreisen ausgesprochen wurde, daß man diesen Kampf nicht wieder heraufbeschwören wolle, so ist zu antworten, daß sich die Verhältnisse doch zweifellos als stärker erweisen würden als dieser Wille.

Die fortschrittliche Volkspartei im Reichstage wird deshalb vermutlich, wenn auch ohne sonderlichen Enthusiasmus, für die Annahme der zu erwartenden Vorlage eintreten in der Überzeugung, daß vor allen Dingen stabile Verhältnisse zu wünschen sind. Für die notwendigen Störungen sorgt, wie das letzte Jahr zeigt, die Natur ohnehin! Der Gesetzgebung liegt es ob, solche unerfreulichen Hemmungen nicht noch durch falsche Maßnahmen zu vermehren.

XXVI. Provinzial-Landtag.

Merseburg, 19. März 1912.

Mit der heutigen Sitzung schloß der Provinziallandtag seine diesjährige Tagung und arbeitete alles auf. Der erste Teil war den Wahlen gewidmet. Die bürgerlichen Mitglieder der Obersatzkommissionen wurden glatt gewählt; ferner zum Direktor der Landesheilanstalt Jerichow der bisherige Oberarzt dortselbst Dr. Hans Lange, zum Direktor der neuen Anstalt zu Pfafferode der bisherige Oberarzt der Anstalt zu Altscherbitz Dr. Adolph Schmidt und an Stelle des ausscheidenden Direktors der Nietlebener Anstalt Geheimrat Dr. Fries den Privatdozent an der Halleschen Universität Prof. Dr. Pfeiffer. In den Provinzial-Ausschuß wählte der Landtag folgende Abgeordnete: zu Mitgliedern Landrat von Bismarck-Stendal, Kgl. Kammerherrn von Bülow-Dieskau, Rittergutsbesitzer Major a. D. von Busse-Zichortau, Landrat von Krosigk-Neuhaldensleben, Oberbürgermeister Schneider-Magdeburg, Kammerherr Frhr. von der Recke-Mansfeld, Bürgermeister Wiebeck-Langensalza; als Stellvertreter Gutsbes. Polland-Rohrsheim, Ökonomierat Wesche-Raunitz, Oberbürgermeister Bansi-Quedlinburg. Der langjährige Vorsitzende des Provinzial-Ausschusses, Graf von Wartensleben-Rogäsen, der 18 Jahre an der Spitze dieser wichtigen Korporation gestanden hatte, verzichtete aus Gesundheitsrücksichten auf eine Wiederwahl. An seine Stelle wurde Kammerherr von Bülow-Dieskau zum Vorsitzenden des Ausschusses und Oberbürgermeister Schneider-Magdeburg zum Stellvertreter gewählt. — Die beiden widersprechenden Beschlüsse, betr. der Errichtung einer neuen Erziehungsanstalt wurden heute durch Zusätze dahin vereinigt, daß der Landtag dem Provinzial-Ausschuß zur Erwerbung von Grund und Boden, zur Errichtung eines Doppelwohnhauses für 43 Zöglinge, des Werkstättengebäudes usw. einen Kredit von 350 000 M bewilligte; die Kostenanschläge für die übrigen Bauten sollen eingehend geprüft werden. Als Ort für die neue Anstalt bestimmte man einmütig Burg bei Magdeburg. — Dem Antrage auf Einsetzung einer Landtagskommission für die Prüfung größerer Hochbauprojekte kam das Plenum im Prinzip nach; der Provinzial-Ausschuß soll aber erst noch Ermittelungen über die Zweckmäßigkeit anstellen. — Die zweite Baurate für die neue Landesheilanstalt Pfafferode bei Mühlhausen im Betrage von 2 020 000 M (Gesamtsumme 5 020 000 M) wurde ohne Widerspruch bewilligt, ebenso 65 100 M für Grundstücksankäufe für die Anstalt in Nordhausen und 52 000 M für Errichtung einer Turnhalle mit Dienstwohnung dortselbst. — In die neugebildete ständige Rechnungskommission wählte der Landtag die Abg. Duvigneau-Magdeburg, Frhr. von Münchhausen-Ziegenrück, Dr. Gerhardt-Halberstadt, Krüger-Halberstadt, von Bismarck-Stendal, Dr. Riese-Eisleben und Lobse-Torgau. — Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Präsident gab die übliche Übersicht der Geschäftstätigkeit des Landtages, wonach 186 Vorlagen erledigt wurden, und erteilte dann dem Kgl. Kommissar Oberpräsident von Hegel zu folgender bemerkenswerten Schlußrede das Wort:

Meine hochverehrten Herren! Wir stehen am Schlusse der Tagung, die uns eine Fülle hochwichtiger Aufgaben gebracht hat, welche die Provinzialverwaltung uns zur Erledigung zugemutet hat. Infolge der außerordentlich sorgfältigen und vorzüglichen Vorbereitung, welche der hochverehrte Herr Landeshauptmann jeder einzelnen Angelegenheit angedeihen ließ, und wofür ich wohl auch in ihrem Namen ihm für seine verdienstvolle Tätigkeit tiefgefühlten Dank aussprechen darf, (Lebh. Bravo!) ist es ihrem angestrengten Fleiß gelungen, dieses Pensum restlos zu erledigen. Aber noch dankenswerter sind die Früchte und Ergebnisse ihrer Arbeit für die Provinz. In keinem Stück haben sie trotz höherer Ansprüche, die dadurch an die Steuerkraft der Provinz gestellt worden sind, es daran fehlen lassen, den Anforderungen der Zeit gerecht zu werden, welche in immer vermehrtem Maße an die Provinz herantreten. Aber ich bin fest überzeugt, meine Herren, daß das unbehagliche Gefühl, mit 3 Proz. Steuern mehr nach Hause zurückzukehren, sehr bald der Erkenntnis Platz machen wird, daß viel Segen dadurch geschaffen wird. Möge, bis der Landtag wieder zu einer Tagung zusammentritt, unsere teure Provinz bewahrt bleiben vor Mißwachs und teurer Zeit, innerem Hader und Kriegsgeschrei, damit sie so sich zu immer neuerer und schönerer Blüte entwickeln kann. Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung erkläre ich den 26. Provinzial-Landtag für geschlossen. — Mit dem Dank an die Schriftführer und das gesamte Haus sowie einem Kaiserhoch schloß der Präsident Graf v. Wartensleben die diesjährige Tagung des 26 Prov.-Landtages.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 19. März.) Im Reichstag gelangte am Dienstag die Kalidebatte zu Ende. Abg. Dr. Cohn (Soz.) verlangte Beseitigung der Kalipropagandagelder, besonders des politischen „Bundes der Landwirte" und eine Verstaatlichung des Kalibergbaues. Unterstaatssekretär Dr. Richter meinte, daß er nicht zu prüfen habe, ob der Bund der Landwirte, der jetzt erst für das Jahr 1910 die ersten Kalipropagandagelder erhalte, ein politischer Verein sei. Im übrigen handle es sich bei den Kaligeldern, die der Bund der Landwirte bisher erhalten habe, um Kali-Rabatte, und die gingen das Reich nichts an. Abg. Gothein (Fortschr. Vpt.) erwiderte dem sozialdemokratischen Redner, daß, wenn das Reich die Kaliabgaben nicht als Propagandagelder verteilen, sondern für sich verwenden würde, es sich um indirekte Steuern handeln würde, und wenn die sozialdemokratischen Redner das mit Rücksicht auf die Tatsache des Kalisyndikats bestritten, so dürfe man ja auch die Spiritusabgabe nicht mehr als indirekte Steuer bezeichnen, was ja bei den kommenden Debatten über die Pläne der Reichsregierung sehr interessant werden könne. Vielleicht seien die Sozialdemokraten die Autoritäten, auf die sich die Regierung stützen würde. Gegen eine Verstaatlichung des Kalisyndikats, also ein Reichskalimonopol, sei seine Partei nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil die Kali-Industrie in die Höhe getrieben sei und man das Reich von dem Schaden des unausbleiblich eintretenden Kalikrachs freihalten müsse. Außerdem sprach Abg. Gothein unter dem Beifall eines großen Teils des Hauses die Befürchtung aus, daß infolge von Reichsmonopolen die Bureaukratie auf der einen Seite und die sozialdemokratischen Beschwerdereden auf der anderen Seite ins Unermeßliche steigen würden, so daß man z. B. den Reichstag in Permanenz erklären müsse. Die Anträge der Budgetkommission wurden schließlich angenommen, jedoch mit der Änderung, daß als vierte Frachtbasis nicht Mülhausen, sondern (als Kompromiß) Kolmar gewählt würde. Eine längere Debatte schloß sich an das Kapitel Statistisches Amt. Nachdem ein Sozialdemokrat und ein Zentrumsabgeordneter sich längere Zeit über Omnibuskutscher und Straßenbahner unterhalten hatten, wurde die Debate durch eine

Um den Lorbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

(48. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

XV.

Zeitig am Morgen mußte Dr. Hohl, nachdem er in einer Zelle des Untersuchungsgefängnisses eine völlig schlaflose Nacht verbracht, vor dem Staatsanwalt zur Vernehmung erscheinen. Staatsanwalt Gründler war einer der ältesten und erfahrendsten Beamten des Landgerichts, aber er trat mit einer vorgefaßten Meinung vor den Angeklagten. Noch am Abend hatte sich die Nachricht von dem Mordanfall in der Stadt verbreitet und große Sensation erregt, die sich noch steigerte, als kurz vor Mitternacht auch der Name des Täters in den mit zahlreichen Gästen gefüllten Restaurants und Cafés bekannt wurde. An der Richtigkeit der Angaben hegte niemand einen Zweifel. Es war selbstverständlich, daß Dr. Hohl, der in dem Prozesse unterlegen war, seinen Gegner haßte und nach Revanche für seine Niederlage dürstete, und dann galt er ja auch nicht für völlig normal. Was lag näher, als daß er die Handlung vielleicht in einem Paroxysmus, in einem erneuten Anfall seiner Krankheit begangen hatte? Letzterer Meinung neigte auch Staatsanwalt Gründler zu, der bisher den vielgenannten Forscher nur per Renommee kannte und sich nun wunderte, einem so klaren, ruhigen Auge und einer so durchaus freien, edlen und unverstörten Physiognomie zu begegnen. Leidend und bleich sah der Angeklagte allerdings aus, eine Folge der unerhörten Einwirkung einer so fürchterlichen Beschuldigung, aber das Nachdenken der Nacht hatte doch die segensreiche Wirkung gehabt, daß Reinhard sich mit sich selber in Harmonie zu setzen, seine Gedanken zu ordnen und dem Trost Eingang zu verstatten vermochte, daß sich die Sache bald aufklären und die gegen ihn erhobene Beschuldigung in nichts zerfließen werde, gleich einem durch Spiegelung hervorgebrachten Phantom. „Was für Beweise kann er gegen mich haben?" fragte er sich hundertmal. „Wer klagt mich an? Und ist Leopold Sekal überhaupt angefallen worden oder ist es vielleicht eine neue Machination von seiner Seite, um mich, den er fürchtet, vollends zu vernichten?" Deshalb berührte sein Blick offen und ruhig denjenigen des ihn mit ernster und prüfender Miene messenden Untersuchungsbeamten. Einigermaßen aus seinem Konzept gebracht durch den Unterschied zwischen seiner geistigen Vorstellung und der wirklichen Persönlichkeit des Angeklagten, räusperte sich der Staatsanwalt erst einigemale, bevor er den jungen Mann mit den Worten anredete: „Sie sind Herr Dr. Hohl?"

Der Angeklagte verneigte sich.

„Sie wissen, weshalb Sie hierhergebracht worden sind?"

„Der Kommissar hat es mir gesagt," erwiderte mit Fassung der Doktor.

„Und was haben Sie darauf zu erwidern?"

„Daß ich von dem Vorfalle nichts weiß, nicht einmal soviel, wie jeder andere Bewohner Leipzigs, da ich außer der nackten Tatsache nicht eine Silbe über den Hergang vernommen habe."

„Sie stellen also Ihre Schuld in Abrede?"

„Falls Leopold Sekal, woran ich nach allem, was mir von seiner Seite widerfahren ist, noch zweifle, überhaupt überfallen worden ist; warum soll ich es denn sein, der gegen ihn die Hand erhob? Weil ich zufällig sein Gegner bin? Muß man denn auch den ermorden, dessen Feind man ist?"

Der Staatsanwalt schüttelte ernst den Kopf. „Das nicht, aber die Wahrscheinlichkeit spricht doch mehr dafür, daß eine solche Tat von einem Feind als von einem Freund ausgeführt wird. Und gegen Sie liegt mehr vor als bloß dieser Umstand."

Reinhard blickte betroffen auf. „Mehr?"

„Eine förmliche Anklage."

„Wer klagt mich an?"

„Doktor Sekal. Er hat Sie erkannt."

„Dann spricht er die Unwahrheit oder hat sich getäuscht, wenn nicht gar —"

„Was meinen Sie?"

„Wenn das Ganze nicht überhaupt eine Vorspiegelung seinerseits ist, mich zu verderben."

„Warum sollte er Sie verderben, da er in dem Prozesse obgesiegt hat?"

„Weil die Angst ihn peinigt, ich könnte doch noch andere Zeugnisse gegen ihn beibringen, als mir bisher möglich war, weil er —"

„Genug," fiel der Staatsanwalt dem Inkulpaten schroff ins Wort. „Ich weiß, was Sie sagen wollen und wessen Sie Herrn Doktor Sekal bezichtigen. Diese Angelegenheit steht hier nicht in Frage. Wenn Sie übrigens behaupten wollen, es handle sich in diesem Falle um eine Vorspiegelung, so lassen Sie sich gesagt sein, daß Doktor Sekal einen schweren Streich erhalten hat, der ihn fast tödlich traf. Nur mit Mühe konnte er ins Leben zurückgerufen werden, und es ist fraglich, ob er dem Tode entgeht."

„Also wirklich? Ich glaubte —"

„Sie irren sich, vorausgesetzt, daß Sie nicht doch besser Bescheid um das Ereignis wissen, als Sie glauben machen wollen. Wenn Sie unschuldig sind, warum benahmen Sie sich bei Ihrer Verhaftung so auffällig?"

„Ich auffällig? Meines Wissens ist das nicht der Fall gewesen."

„Doch. Kommissar Thiele berichtet es, Furcht und Entsetzen schlugen Ihnen aus dem Antlitz wie Flammen des bösen Gewissens!"

„Herr Staatsanwalt," rief der junge Mann bleich, aber fest, „wenn Sie, nachdem Sie seit Monaten Ungebühr über Ungebühr erfahren haben, mitten in einem Seelenzustande, der an Wahnsinn grenzt, plötzlich von einer so ungeheuerlichen Anklage getroffen werden wie von einem Weiterstrahl, so dürften Sie wohl auch im ersten Moment vor Schrecken zusammenknicken. Gewiß war ich außer mir, der Boden wankte unter meinen Füßen wie bei einem Erdbeben, ich verlor einen Moment die Fähigkeit der Selbstregierung!"

Staatsanwalt Gründler maß den Sprecher zum zweitenmale mit seinem observierenden Amtsblicke. Der Mann erschien so ganz anders, als er ihn sich vergegenwärtigt. Ein Narr war das nicht, er würde sich keinen Augenblick bedacht haben, ihm die volle Verantwortlichkeit für seine Handlungen zuzuschreiben. Eher durfte er ihn für einen Heuchler halten; wenn aber, dann mußte er eine vollendete Übung in der Verstellungskunst besitzen. Von dem letzten Argument des Gefangenen fühlte er sich entwaffnet. „Sie haben recht," gestand er mit größerer Milde, als er sie bisher an den Tag gelegt. „Ich lasse dieses Moment auch ohne weiteres fallen. Ebenso bewegt sich die Beschuldigung des Dr. Sekal in zu schattenhaften Umrissen, um für oder wider Sie maßgebend zu sein. Er urteilt nur auf Grund einer vagen Erinnerung, die wohl von seiner Überzeugung, daß niemand als Sie ein Interesse an seiner Ermordung besitzen können, beeinflußt sein mag. Leider findet aber seine Anklage eine Stütze in einer anderen Tatsache, die weit mehr Gewicht besitzt als die andere."

„Und in welcher?"

„Warten Sie; der Mord fällt in die Zeit von acht bis neun Uhr; wo haben Sie sich während dieser Stunde aufgehalten? Können Sie Ihr Alibi nachweisen?"

Reinhards Wangen entfärbten sich noch mehr, seine bis dahin mit dem Ausdrucke edler Aufrichtigkeit auf den Vertreter der Behörden gerichteten Augen suchten die Erde. „Das kann ich nicht," erwiderte er mit unsicher werdender Stimme.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319120321-16/fragment/page=0005

Rede des bekannten Universitätsprofessors Dr. von Schulze-Gaevernitz, des neuen volksparteilichen Abgeordneten eingeleitet. Er begründete eine Resolution seiner Fraktion, mit der nächsten landwirtschaftlichen Betriebsgrößen-Statistik, die im Jahre 1913 stattfindet, eine Statistik aufzunehmen über die Frage, wie viel Überschußwirtschaften, Zukaufswirtschaften und Gleichgewichtswirtschaften in bezug auf Brot, Getreide einerseits und Gerste andererseits im Deutschen Reiche gibt. Er zeigte an dem badischen Beispiel, wie leicht und kostenlos eine solche Erhebung zu veranstalten sei und wie ihre Ergebnisse die allgemeine sichere Grundlage für die Handelspolitik werden können. Er bezeichnete die Volkspartei mit ihren bäuerlichen Wahlkreisen als eine Bauernpartei, was allerdings nicht die Zustimmung der rechten Seite des Hauses fand, für die Abg. Oertel eine seiner bekannten, sich in allgemeinen Redewendungen bewegenden Reden hielt. Die Ausführungen des fortschrittlichen Abgeordneten waren aber so überzeugend, daß selbst die Konservativen sich der moralischen Pflicht, einer solchen Statistik zuzustimmen, nicht entziehen konnten. Die Resolution wäre allerdings auch ohne die Stimmen der Konservativen angenommen worden. Um 6 Uhr vertagte der Präsident die Weiterberatung auf abends 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 19. März.) Das Abgeordnetenhaus überwies am Dienstag einen nationalliberalen Antrag auf Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht an die Unterrichtskommission. Dann wurden die Bergarbeiterstreik-Interpellationen besprochen. Gegen den Standpunkt der Zechenbesitzer und das Verbot polnischer Versammlungen im Ruhrrevier wandte sich der Pole v. Trampczynski. Abg. Leinert (Soz.) richtete gegen die christlichen Gewerkschaften und die Polizei heftige Angriffe, die ihm mehrere Ordnungsrufe eintrugen. Abg. v. Gescher (kons.) erklärte nochmals, daß seine Partei den Maßregeln der Regierung vollkommen zustimme. Der Minister des Innern v. Dallwitz machte dann Mitteilungen über Bombenattentate, die gegen Arbeitswillige unternommen worden sein sollen. Abg. Knupe (nl.), Direktor der Deutsch Luxemburgischen Bergwerksaktiengesellschaft, den Abg. Leinert direkt apostrophiert hatte, bestritt, daß die Zechen auf nicht einwandfreie Weise in den Besitz der Mitgliederliste des Deutschen Steigerverbandes, der sozialdemokratisch sei, gekommen seien. Er verlas eine Anzahl Briefe, um den Streikterrorismus gegen die Arbeitswilligen zu beweisen. Abgeordneter Spinzig (fk.) erklärte, die öffentliche Meinung sei geschlossen gegen den Streik. Abg. Kindler (Vpt.) legte das Hauptgewicht darauf, daß die Regierung jetzt noch vermittelnd eingreifen müsse, um möglichst bald den Friedensschluß herbeizuführen. Den Herrenhausreden, in denen nach Ausnahmegesetzen gerufen wurde, trat der Redner scharf entgegen. Zum Schluß verteidigte Abg. Brust (Ztr.) den ihm nahestehenden christlichen Bergarbeiterverband gegen die sozialdemokratischen Angriffe. Er geriet dabei heftig mit den Sozialdemokraten zusammen, und als dann mit den Stimmen des Zentrums Schluß der Debatte herbeigeführt wurde, benutzte Dr. Liebknecht die Form einer Geschäftsordnungsbemerkung, um in außerordentlich heftiger Weise den Zentrumsredner und das Abgeordnetenhaus anzugreifen. Die Rechte verlangte stürmisch die Hinausweisung des Sozialdemokraten, und er trug zwei Ordnungsrufe davon. Am Dienstag: Kultusetat.

— Das preußische Abgeordnetenhaus wird am 28 oder 29. März nach Beendigung der Beratung des Kultusetats in die Osterferien gehen, die sich bis zum 16. April erstrecken werden. Der Etat wird diesmal ganz besonders spät zu Ende beraten werden, was eine unmittelbare Folge der späten Einberufung des Landtages ist. Die Regierung scheint sich aber an die immer wiederkehrenden Wünsche des Landtages auf rechtzeitige Einberufung absolut nicht kehren zu wollen. Eine ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte des Hauses wird dadurch mehr und mehr erschwert — nicht im Interesse des Landes, das die Regierung doch in erster Linie wahrnehmen sollte.

Provinz und Umgegend.

† Halle, 20. März. Die Verhandlungen der Stadt Halle mit der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft wegen Ankaufs der Stadtbahn sind jetzt endgültig an dem hohen Kaufpreis von 5 Millionen gescheitert. Die Stadt will nun warten, bis im Jahre 1929 vertragsgemäß die Bahn kostenlos an die Stadt fällt. — Hier starb heute 59jährig nach längerer Krankheit Justizrat Kaehne, einer der bekanntesten Anwälte der Provinz Sachsen.

† Torgau, 19. März. Im nahen Dommitzsch fiel beim Spielen der 2 Jahre alte Sohn des Niedermühlenbesitzers Dobelt in die Jauchengrube und ertrank.

† Deuben, 19. März. Ein Bergassistent, der erst die Akademie verlassen und auf der Grube „Kefferstein" seine erste Stelle hatte, begab sich heute vormittag in die Grube. Als er am Nachmittag noch nicht zurückgekehrt war, wurden Mannschaften auf die Suche geschickt, die den Vermißten bald auf einer außer Betrieb gesetzten Sohle tot vorfanden. Der junge Mann war infolge giftiger Gase, die sich auf der betreffenden Sohle gebildet hatten, erstickt. Der Verstorbene ist der Sohn eines Bergwerksdirektors. — Ein weiterer Unfall trug sich auf der Grube „Gottlob" zu, wo der Maurer Neupert aus Theißen von einem Baugerüst stürzte und sich einen Beckenbruch und einen Armbruch zuzog.

† Theißen, 19. März. Eine rege Beteiligung herrschte gestern bei den hier stattgefundenen Wahlen zur Gemeindevertretung. In der ersten Abteilung wurde der Schmiedemeister Flemming einstimmig wiedergewählt. In der zweiten Abteilung siegte der Gutsbesitzer Artur Lische über den Bäckermeister Hugo Borges mit 3 Stimmen Mehrheit. Besonders heiß war das Ringen in der dritten Abteilung. Hier übten von 403 Wählern 193 ihr Stimmrecht aus. Die Genossen boten alles auf, den Sieg an ihre Fahnen zu heften. Trotz aller Anstrengungen und der emsigsten Schlepperei erhielt ihr Kandidat Otto Cornelius nur 95 Stimmen, während der bürgerliche Kandidat Metz 87 Stimmen erhielt. Es muß deshalb in den nächsten Tagen eine Stichwahl zwischen Cornelius und Metz stattfinden.

† Halberstadt, 19. März. Heute mittag wurde der Leutnant v. Rußdorf vom hiesigen Kürassierregiment v. Seydlitz am Schluß eines Offizierreitens am Ausgange der Reitbahn von einem Pferde vor die Brust geschlagen und war alsbald tot.

† Nordhausen, 20. März. Im Nachbarorte Wernrode ist ein Fall von schwarzen Pocken festgestellt worden. Ein gleicher Fall ist in Sondershausen angemeldet worden. Die Behörde hat Schutzpockenimpfungen angeordnet. — Ein hiesiger Zollsekretär ist wegen Unterschlagung im Amte verhaftet worden. Beamte der Magdeburger Zolldirektion weilen seit einigen Tagen hier, um das hiesige Hauptsteueramt einer eingehenden Revision zu unterziehen.

† Zerbst, 19. März. Die Mitteldeutsche und Thüringische Handwerkskammervereinigung hielt hier gestern eine Vertreterversammlung ab. Vertreten waren die Kammern Dessau, Magdeburg, Halle, Weimar, Erfurt, Meiningen, Greiz und Gera durch 23 Delegierte. Die umfangreichen Verhandlungen fanden unter dem Vorsitz der Handwerkskammer Gera statt.

† Koburg, 20. März. Die Stadtverordneten beschlossen die Aufnahme einer städtischen Anleihe im Betrage von 1½ Millionen Mark.

† Jena, 19. März. Die Meldung aus Konstantinopel, daß der Bandenführer Strati in Alexandrien verhaftet worden sei, ist höchstwahrscheinlich nicht zutreffend. Ingenieur Richter erhielt bereits vor mehreren Wochen die Photographie einer in Alexandrien verhafteten verdächtigen Persönlichkeit. Auf Grund der Photographie konnte Ingenieur Richter feststellen, daß der Verhaftete weder Strati noch ein anderes Mitglied der an seiner Entführung beteiligten Bande war.

Merseburg und Umgegend.

20. März.

** Aus der Pflanzenwelt! Der Zierstrauch Forsytie blüht in prächtigster Weise in unsern Anlagen und Gärten. Dicht besetzt hängen an den noch blattlosen Zweigen die hellen schwefelgelben Blüten. Auch der Weißdorn hat seine schneeigen weißen Blüten geöffnet, deren bittermandelartiger Geruch uns schon von weitem empfängt. Besonders aber sei auf den Anblick, den ein paar jetzt wundervoll goldgrün behangene blühende Weidenbäume bieten, hingewiesen, die am Ufer des vorderen Gotthardtsteiches am Tunnel vor dem Gondelhäuschen stehen.

** Am Ufer des Hinteteiches, gegenüber der Funkenburg, verunziert seit einigen Tagen ein größerer Hundekadaver, der frei daliegt, die Gegend. Derselbe befindet sich scheinbar schon seit längerer Zeit im Wasser, da sich bereits ein starker Verwesungsgeruch bemerkbar macht. Da das tote Tier jetzt trocken auf dem Lande liegt, so ist aus sanitären Gründen die schnellste Beseitigung zu wünschen.

** Auf das am 22. und 24. d. M. im Tivoli und Casino zur Aufführung gelangende Festspiel „Barbarossas Erwachen" von Oskar Hottenroth machen wir heute nochmals besonders aufmerksam. Die Rollen sind sämtlich gut besetzt und mit großer Begeisterung studiert und eingeübt worden. Alle sonstigen Vorbereitungen sind mit Umsicht und künstlerischem Geschick in die Wege geleitet. Das Festspiel selbst zeichnet sich durch Vornehmheit aus und darf man hoffen, daß dessen packender Inhalt das lebhafteste Interesse wachrufen wird. Um auch dem Publikum aus der Umgegend Gelegenheit zu geben, das Festspiel zu sehen, wird am Sonntag den 24. d. M. nachmittags 4 Uhr im Casino eine Fremden- und Schülervorstellung stattfinden. In demselben Lokale findet dann am Sonntag abend die letzte Aufführung des Festspieles statt. Da der Billetverkauf sich sehr lebhaft gestaltet, so ist die eiligste Beschaffung etwa noch benötigter Plätze anzuraten. Der wohltätige Zweck des Unternehmens, die Gründung eines Veteranen-Hilfsvereins für Merseburg, wird dann auch sicher erreicht werden.

*

Ueber Maßnahmen zur Hebung der einfachen ländlichen und städtischen Bauweise

hielt am Mittwoch vormittag Herr Regierungsbaumeister Gensel-Delitzsch im Passagetheater in Halle einen sehr lehrreichen und instruktiven Vortrag. Das über 1000 Personen fassende modern eingerichtete Theater war nahezu vollständig besetzt. Es hatten sich u. a. eingefunden der Oberpräsident der Provinz Sachsen Exzellenz v. Hegel, Regierungspräsident v. Gersdorff, die Spitzen der städtischen Behörden von Halle, Merseburg und anderen Städten, viele Landtagsabgeordnete der Provinz, die Vertreter der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer, sowie viele Interessenten aus Stadt und Land des Regierungsbezirks. Die Stadt Merseburg war sehr zahlreich durch das Kollegium der Kgl. Regierung, vielen Staatsbeamten und Vertretern des Magistrats und Stadtverordneten-Versammlung vertreten.

Nach einigen Musikstücken der Hauskapelle führte der Vortragende etwa folgendes aus:

Es gibt eine Fülle von Literatur über den Heimatschutz, so daß es fast nichts neues mehr gibt. Der heutige Vortrag soll versuchen, den anwesenden Fachleuten und Interessenten aus der Praxis heraus Winke und Anregungen zu geben. Die gebotenen Aufnahmen stammen aus dem Kreise Delitzsch und Bitterfeld. Auf dem Lande namentlich hat die Heimatschutzbewegung ihren Einfluß behalten und sich noch wenig von sog. modernen Bestrebungen ankränkeln lassen. Die anheimelnden Kirchen, Gehöfte, ja Scheunen auf dem Lande geben hiervon den besten Beweis. Die Giebelbauten nach der Straßenseite sind sehr ansprechend und beeinträchtigen das Gesamtbild durchaus nicht. Wie durch einen einzigen Anbau das Gesamtbild direkt verunglimpft wird, zeigte der Vortragende an treffenden Gegenüberstellungen. Die Ursache dieser Verbösserungsbauten sah der Vortragende dahin, daß viele Besitzer aus ihrem Grundstück etwas machen wollen, was einfach nicht geht. Man könnte, so meinte er, viele Hausbesitzer in dieser Hinsicht als Anarchisten bezeichnen. Auch das Städtebild wird durch sinn- und geschmacklose Verzierungen arg verunziert, was vom Vortragenden ebenfalls an praktischen Beispielen erklärt wurde. Viel Unheil richte die Blendsteinarchitektur an, nur nach und nach komme die Putzkalkarchitektur auf. Vernachlässigt werde oft die Hofseite, die dann einen direkt trostlosen Anblick bietet. Teerpappdächer und Ziegelrohbauten sind mit das schändlichste, wodurch namentlich das Bild in Dörfern und kleinen Städten beeinträchtigt wird.— Im zweiten Teile seines Vortrages wartete Herr Gensel mit guten Ratschlägen auf und betonte, gute Beispiele erziehen zur Nachahmung. So zeigte der Redner an solchen Beispielen, wie Transformatorhäuschen, Bauernhäuschen mit Fachwerk, Gliederung und Einteilung der Fenster, Einfriedigungen, Toreinfahrten usw. viel dazu beitragen, das malerische und anheimelnde Bild der früheren Zeit zu erhalten. Unsere Bauunternehmer haben den guten und ehrlichen Willen, mit an den Heimatschutzbestrebungen zu arbeiten. Der Grundgedanke muß nicht die Erziehung, sondern die Gestaltung sein. Mit dem Wunsche, daß der Vortrag den Zweck, Mittel und Wege zur Heimatschutzbewegung gewiesen zu haben, erreicht habe und der treffenden Mahnung: Der Heimat Würde ist in Eure Hand gegeben, bewahrt sie! schloß der Redner seinen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag.

---

§ Atzendorf, 20. März. Geht man von Merseburg aus nach unserm Orte, so bemerkt man von der Geuseer Straße aus im fernen Westen schon seit einiger Zeit das Wachsen eines langen, mächtigen Berges. Dieser ist tafelförmig von Gestalt und schwillt immer höher und höher an. Seine neue hellgelbe Kiesfarbe verrät uns bald, was wir vor uns haben. Es ist ein ca. 3 Stunden entfernter gewaltiger Abraum-Baggerberg, der dort aufgetürmt wird. So schafft resp. versetzt heute die industrielle Maschinenkraft sogar Berge!

§ Corbetha, 19. März. Eine erwachsene Tochter des früheren Lokomotivführers Nigmann in Weißenfels hatte, wie wir seiner Zeit berichteten, viele Personen in der hiesigen Gegend durch anonyme Briefe mit den schamlosesten Anschuldigungen längere Zeit hindurch belästigt. U. a. war es ihr dabei um die Lösung eines Verlöbnisses zu tun, welche Absicht aber durchschaut und ihr zum Verhängnis wurde. Durch geschickt angelegte Recherchen war es endlich auf Grund einer Haussuchung gelungen, dem Treiben ein Ende zu bereiten. Der gegen die Nigmann anhängig gemachte Prozeß bei der Strafkammer zu Naumburg brachte ihr eine Gefängnisstrafe von neun Monaten ein. Die von der Nigmann gegen dieses Urteil eingelegte Berufung beim Reichsgericht wurde, vor etwa vierzehn Tagen, verworfen. Jetzt kommt die Kunde aus Metz, wo die verurteilte Nigmann wohnte, daß sie die Frechheit besessen hat, der Staatsanwaltschaft zu schreiben, daß sie die über sie verhängte Gefängnisstrafe nicht antreten werde, da sie nach Frankreich übergesiedelt sei.

§ Dehlitz a. S., 19. März. Gestern abend wurde die Leiche eines Mannes am Saaleufer angeschwemmt. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um den seit einiger Zeit verschwundenen Landwirt Meußel aus Tagewerben. Die Beerdigung findet auf dem Lösauer Friedhofe statt.

§ Lauchstedt, 19. März. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die Herstellung eines Schul- und Volksbades nochmals erörtert. Die von der Kommission bisher getroffenen Maßnahmen wurden gut geheißen und die Anschaffungskosten auf etwa 6000 Mk. veranschlagt. Dieser Betrag ist durch Zeichnung von Anteilscheinen zu 10 Mk, welche zinslos zur Verfügung gestellt sind, aufgebracht worden. Die Beträge sollen durch planmäßige Auslosung zurückgezahlt werden und ist beabsichtigt, den Inhabern von Anteilscheinen Freikarten zur Verfügung zu stellen. Auch sollen die Brausebäder, wöchentlich eins, an die Schulkinder unentgeltlich verabreicht werden.

§ Aus der Saalaue, 19. März. Wer in diesen Wochen eine Wanderung durch die Ortschaften unserer Aue unternimmt, dem fallen vielfach weit hin leuchtende hellfarbige Pfähle auf, von denen jeder die Stütze eines frischgepflanzten Obstbaumes bildet. Es ist sehr erfreulich, daß viele Gemeinden und Privatbesitzer je länger je mehr einsehen, welchen Nutzen eine vernunftgemäß betriebene Obstbaumwirtschaft bringt. Steigt doch die Nachfrage nach Obst, besonders nach Äpfeln, mit jedem Jahre, teils infolge des steigenden Wohlstandes, der sich jetzt in reicherem Maße als früher den Genuß des sonst als überflüssiger Luxus angesehenen Obstes gönnt, teils weil man den gesundheitlichen Nutzen desselben jetzt mehr schätzen lernt. Die inländische Erzeugung kann dem Bedarf bei weitem nicht genügen, so daß eine erhebliche Einfuhr vom Auslande her nötig ist. In den ersten elf Monaten vorigen Jahres hat dieselbe einen Wert von 41 Millionen Mark gehabt, während 1910 nur für 16 Millionen einge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319120321-16/fragment/page=0006

führt wurde. Allerdings war dieses bekanntlich ein sehr reiches Obstjahr, während das letztvergangene einen großen Ausfall gebracht hat. Aber 25 Millionen im Durchschnitt zahlen wir mindestens an das Ausland für Obst, das wir selbst bauen könnten. Überall gibt es noch leere, sonst nicht benutzte Stellen, wo ein Obstbaum stehen könnte. Und wie wenig Pflege verlangt er! Ein bischen dingen, alle Jahre ein bischen verschneiden, ein wenig kalken, das ist alles. Und wie dankbar ist er dafür! Schon nach zehn Jahren trägt er, und ist er erst zwanzig Jahre alt, dann verzinst er das in ihn gesteckte Kapital mit tausend bis zweitausend Prozent. Wir kennen eine Gemeinde in der Aue, die 1910 aus ihrer Obstplantage 4500 M gelöst und damit alle sonst nötig gewordenen Kommunalsteuern gedeckt hat. Sie wird, durch den Nutzen klug gemacht, auch nicht müde, in jedem Jahre neue Obstbäume zu pflanzen. So hat sie jetzt einen gar feinen Nutzen bringenden Ellerbusch ausgerodet und an seine Stelle Äpfel gepflanzt, die in zwanzig Jahren vielleicht fünfhundert Mark bringen werden. Auch für den Einzelhaushalt hat der Obstbau die größte Bedeutung. Er liefert eine Menge vorzüglicher und billiger Nahrungsstoffe, erhöht namhaft den Ertrag der Bodenfläche, ohne andere Naturerzeugnisse wesentlich zu beeinträchtigen, verschönt die kahlen, leeren Häuserwände und tritt der in Deutschland leider immer noch vielfach herrschenden Alkoholpest auf wirksamste Weise entgegen. Jedes von Obstbaumspalieren oder Weinranken umgebene Haus, jeder Bauernhof, inmitten eines gut gepflegten schönen Obstgartens, jedes Dorf, dessen Äcker, Wiesen und Öden mit Obstbäumen bepflanzt sind, legen Zeugnis ab von einem guten, vorwärts strebenden Familiensinn der Bewohner. Dadurch wird die Heimatsliebe erhöht, das Gemüt des Menschen veredelt, der Wohlstand vermehrt und gleichzeitig Auge und Herz der Einheimischen und Fremden erfreut. Darum auf zum Massenobstbau! Jetzt ist noch Zeit dazu, und wer es bisher versäumt hat, hole es schleunigst nach!

Mücheln und Umgebung.

20. März.

** Schafstädt, 19. März. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung ergriff vor Eintritt in die Tagesordnung Herr Beigeordneter Richard Hochheim, der wegen Wegzugs von Schafstädt aus dem Magistratskollegium scheidet, das Wort, um sich von der Stadtverordnetenversammlung zu verabschieden. Er wünschte dem Kollegium auch fernerhin gutes Gedeihen und segensreiche Arbeit zum Wohle der Stadt. Sodann sprach Herr Bürgermeister Schrader namens des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung dem Scheidenden für seine Verdienste, die er sich um die Stadt Schafstädt besonders als Dezernent der Wegebauarbeiten erworben hat, seinen Dank aus, welcher auch noch durch Erheben von den Plätzen zum Ausdruck gebracht wurde. Hierauf wurde in die Verhandlungen eingetreten. Die Versammlung nahm Kenntnis von den Revisionen der städtischen Kämmerei- und Armenkasse, sowie der städt. Sparkasse pro Monat März 1912; Einwendungen wurden hierbei nicht gemacht. Bei der hierauf stattgefundenen Wahl eines Beigeordneten anstelle des Herrn R. Hochheim wurde das bewährte Magistratsmitglied Herr Direktor J. Häßler mit 8 gegen 1 Stimme gewählt.

V. Dechlitz, 19. März. Am Sonntag abend veranstaltete der hiesige Turnverein „Gut Heil" in der Grunertschen Gastwirtschaft hierselbst eine Abendunterhaltung. In dankenswerter Weise hatte der Turnverein aus Lauchstedt einige seiner Mitglieder dem hiesigen Verein zur Verfügung gestellt. Der Besuch konnte als ein verhältnismäßig guter bezeichnet werden. Das Programm enthielt ein Chorlied, einige Couplets, einige Solosznenen und einige Gesamtspiele. Die Ausführungen befriedigten in manchem nicht so recht; etwas stotteres Spiel, etwas lautere Aussprache und mehr Sicherheit im Spiel hätte den Vorführungen unbedingt eine bessere und mehr ansprechende Wirkung verliehen. Einige nicht recht passende Kraftausdrücke bezw. Redewendungen hätten durch weniger triviale Ausdrucksformen ersetzt werden können, konnten besser noch ganz weggelassen werden. In den Pausen konzertierte die hiesige Müllersche Musikkapelle. Die beiden letzten Nummern des Programms mußten gänzlich ausfallen, da ein Mitspieler von seinen innegehabten Rollen im letzten Augenblick vom Spiel zurücktrat und zur weiteren Mitwirkung nicht zu bewegen war. So erhielten die Darbietungen dadurch ein vorzeitiges Ende, was wiederum der ja immer tanzlustigen Jugend zu gute kam, denn nun trat der von ihr längst erwartete unvermeidliche Ball in seine Rechte, welcher die Anwesenden noch lange in fröhlicher Laune zusammenhielt. — Am gestrigen Abend gegen 7 Uhr versagte auch plötzlich wiederum einmal das elektrische Licht. Die Ursache der Störung wurde heute vormittag durch Angestellte des elektrischen Werkes Mücheln gefunden. Halbwüchsige Burschen hatten durch Werfen nach den Leitungsdrähten dieselben zerstört. Verschiedene stärkere Zweige wurden heute in den Drähten hängend noch vorgefunden. Schon öfter ist solches Werfen unreifer Burschen von Erwachsenen bemerkt und beobachtet worden. Hoffentlich gelingt es bald einmal, ihrer habhaft zu werden, damit ihre Bestrafung erfolgen kann. — Die hiesige Grunertsche Gastwirtschaft und Bäckerei ist in vergangener Woche durch Kauf in die Hände der Firma „Gebrüder v. Rauchhaupt-Mücheln (Vertreter Herr Kaufmann Rothfähl-Mücheln) übergegangen. Der Kaufpreis beträgt 58 000 M. In dem Kaufvertrage jedoch hat sich der Käufer das Recht vorbehalten, innerhalb von 4 Wochen von dem Kaufe zurücktreten zu können, welches Recht jedoch dem Verkäufer nicht zusteht. Der Besitzer Hermann Grunert hat sein Besitztum seit 5 Jahren inne und hat es seinerzeit von dem damaligen Besitzer Herrn Bäckermeister Ernst Ronneburg für den Preis von 52 000 M käuflich erworben. — Bei der am vorvergangenen Sonntag nachmittag stattgefundenen Verpachtung des der hiesigen Gemeinde gehörigen Ackers, in der Nähe des Gemeindegasthofes gelegen, in der Größe von ziemlich 1 Morgen wurde aus drei daraus gemachten Parzellen ein Preis von zusammen 43 M erzielt. Pächter waren hiesige kleinere Leute. Die Pachtzeit erstreckt sich auf sechs Jahre.

Gerichtsverhandlungen.

— Wieder ein Spionageprozeß. Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenate des Reichsgerichts kommt am 28. März der Prozeß gegen den Kaufmann und Ingenieur Wilhelm Lichtenberger aus Mannheim zur Verhandlung, der des versuchten Verrats militärischer Geheimnisse angeklagt ist. Die Verteidigung führt Rechtsanwalt am Reichsgericht Justizrat Zeneth.

Luftschiffahrt.

Schwerer Unfall eines Militärballons.

Straßburg, 19. März. (W. B.) Bei einer Übung oberhalb des Kronenburger Exerzierplatzes riß Dienstag vormittag gegen 10 Uhr das Halteau eines bemannten Drachenballons der hiesigen Festungstelegraphenabteilung aus noch nicht aufgeklärter Ursache. Der ziemlich starke Südwestwind trieb den Ballon in der Richtung gegen Bischheim, als plötzlich die nachschleifenden Stahltrosse mit einer Hochspannleitung in Berührung kamen, sodaß infolge des Kurzschlusses der Ballon Feuer fing und bei der Bischheimer Eisenbahnwerkstätte aus beträchtlicher Höhe abstürzte. Der Ballon ist verbrannt. Die beiden Insassen trugen erhebliche Verletzungen davon. Oberleutnant Clorer vom Infanterie-Regiment 132 erlitt einen Beinbruch, sowie eine leichte Gehirnerschütterung, während Oberleutnant Röwer vom Fußartillerie-Regiment Nr. 10 einen Armbruch davontrug.

Wasserflugzeugwettbewerb des Reichsmarineamts. Wie wir hören, wird das Reichsmarineamt einen Wettbewerb für brauchbare Wasserflugzeuge ausschreiben, für den bestimmte Richtlinien gezogen sind. Die Flugzeuge sollen bei bewegter See auf dem Wasser ohne fremde Hilfe landen und ebenso von ihm aufsteigen können. Der Apparat muß ferner zwei Sitze aufweisen, und die Motoren sollen vom Führer angeworfen werden können. Die Windstärke, die beim Fliegen zu überwinden ist, ist auf zehn Meter angesetzt, und der Apparat muß eine bestimmte Höhe vom Abflug aus in kurzer Zeit erreichen. Verlangt wird ferner viel Gewicht für den Apparat, damit er sich auf dem Wasser gegen Windstöße halten kann.

Vermischtes.

* (Der erste Spatenstich zum Bau der Nord-Südbahn) in Berlin ist am Montag, wie hervorgeboben werden muß, ohne besondere Feierlichkeit vor sich gegangen. An der Ecke der Müller- und Gerichtsstraße ist mit den Vorarbeiten, der Verlegung der Leitungen, begonnen worden. Es müssen dort zunächst die Kanalleitungen, die im Zuge der Nord-Südbahn laufen, in die Nebenstraßen verlegt werden. Am Dienstag haben auch die Gaswerke mit der Verlegung eines großen 525 Millimeter weiten Rohres an der Ecke der Müller- und Lynarstraße begonnen. Das Gasrohr wird von der Mitte der Müllerstraße nach dem südlichen Bürgersteig verlegt, um dem Tunnel der städtischen Untergrundbahn Platz zu machen.

* (Verhaftung eines Berliner Notars.) Nach Veruntreuung beträchtlicher Gelder ist der Rechtsanwalt und Notar Justizrat Friedrich Munckel in Berlin verhaftet worden. Er wird beschuldigt, 30000 M Reichsstempelgelder unterschlagen zu haben. Die Verhaftung des Justizrats Munckel erfolgte in seiner Privatwohnung in der Bismarckstraße. Dort erschienen zwei Kriminalbeamte des Charlottenburger Polizeipräsidiums und wiesen dem Justizrat einen von der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I ausgestellten Haftbefehl vor. Munckel, der seit mehreren Monaten leidend ist und deshalb bereits seit zehn Tagen nicht in seinem Bureau in der Kronstraße weilte, brach kraftlos zusammen, als die Beamten ihm den Haftbefehl vorwiesen. Er kleidete sich an und wurde in einem Auto nach Moabit gefahren; nach einem kurzen Verhör vor dem Untersuchungsrichter kam er ins Untersuchungsgefängnis. Er soll 30 000 M Gebühren für den Reichsstempel, die er von seinen Mandanten eingezogen hatte, nicht an die Stempelkasse abgeführt, sondern für sich verbraucht haben. Munckel hat die Straftat dem Untersuchungsrichter gegenüber zugegeben. Es wurde inzwischen bereits eine Revision seiner Bücher und seiner Kasse angeordnet, um festzustellen, ob auch Mandanten- und Mündelgelder fehlen. Justizrat Munckel bestreitet dies. Er ist in Anwalts- und in seinen Bekanntenkreisen als liebenswürdiger und sehr bescheidener Mann bekannt. Durch von ihm geleistete Bürgschaften ist er in pekuniäre Bedrängnis geraten. Noch vor kurzer Zeit hat er 9000 M aus eigener Tasche aus Anlaß einer Gutsage zahlen müssen. Außerdem hatte er aus früherer Zeit Verpflichtungen, die zum Teil noch aus der Zeit seines 1903 verstorbenen Vaters, des vor wenigen Jahren verstorbenen Parlamentariers und Rechtsanwalts Geh. Justizrats Munckel, herrühren.

* (Neue Fälle von Methylalkoholvergiftung.) Aus Czernowitz wird der „Neuen Freien Presse" gemeldet, daß in Alt-Suseke drei Ortsbewohner nach dem Genuß von Schnaps unter Vergiftungserscheinungen gestorben sind. Ein vierter ringt mit dem Tode. Man nimmt Vergiftung durch Methylalkohol an.

* (Verhängnisvolle Explosion.) Durch eine Explosion im chemisch-physikalischen Institut der deutschen Universität in Prag wurden der Vorsteher Professor Rothmund sowie die beiden Assistenten Wagner und Burgstaller am Montag abend beim Experementieren schwer im Gesicht, besonders an den Augen verletzt.

* (Der Schatz im Auto.) Als der Chauffeur Putzig aus Wilmersdorf Montag früh gegen 4 Uhr einen Herrn und eine Dame aus dem Westen nach dem Anhalter Bahnhof fuhr, fand er nach dem Aussteigen des Paares in seinem Automobil einen Pompadour, in dem sich außer einem Portemonnaie, das Gold- und Silbergeld aufwies, auch eine Brieftasche befand, die Papiergeld im Werte von 36000 Kronen enthielt. Ferner lagen in dem Pompadour 26 Geldschrankschlüssel zu einem Bunde vereinigt. Der Chauffeur gab den Fund auf der Polizeiwache in der Müggelerstraße ab.

* (Der Erste Offizier und der Bootsmann der „Azensels" gerettet.) Nach einer telegraphischen Meldung aus Ceuta sind der Erste Offizier Paul Brückner und der Bootsmann des gestrandeten deutschen Dampfers „Azensels", deren Tod der Imparcial gemeldet hatte, gesund, wenn auch halbtot vor Erschöpfung in Ceuta angekommen. Die Strandung des Dampfers wurde durch Nebel verursacht. Das Schiff ist verloren, der Rumpf zum großen Teile zerstört. Ein Teil der Mannschaft ist mit dem Bergen der Waren beschäftigt.

* (Tödlicher Unfall.) Ein bedauerlicher Unfall hat die Mitglieder der Neuguinea-Expedition betroffen. Der Leutnant zur See L. Andrae ist beim Passieren eines Flusses ertrunken. Der Verstorbene gehörte zum Forschungsdetachement in Süd-Neuguinea, das im vorigen Jahre wegen Krankheit seiner Mitglieder seinen Zug unterbrechen mußte. Der Durchmarsch zur Humboldtbai wurde infolgedessen aufgegeben, doch waren weitere Forschungen geplant, um das Verhältnis zwischen dem Quellengebiet der bereits kartographierten Flüsse festzustellen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 20. März. Die Abreise des Kaisers nach dem Süden ist auf Freitag abend festgesetzt.

Dresden, 20. März. Der König begibt sich heute abend 10 Uhr 15 Min. nach Wien.

Berlin, 20. März. Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses nahm gestern einen nationalliberalen Antrag an, wonach die Erhebung der Zuschläge zur Einkommensteuer als vorübergehende Maßregel anzusehen ist, die bis zur Neuordnung der Tarife in Geltung bleiben wird. Der Paragraph, wonach die Steuerpflicht mit einem Einkommen von 900 Mark beginnt, wurde unverändert angenommen.

Paris, 20. März. Die französische Kammer nahm mit 425 gegen 70 Stimmen die Regierungsvorlage, betreffend den Ergänzungskredit von etwa 60 Millionen Frank für die militärische Operation in Marokko an.

Paris, 20. März. Der „Temps" erfährt, daß Rußland zur Verhinderung von Komplikationen mit den Balkanstaaten ein Sonderabkommen mit Österreich zur Erhaltung des Statusquo geschlossen habe. Auch mit Bulgarien sei eine Verständigung seitens Rußlands erfolgt.

Teheran, 20. März. Zwei Engländer namens Moir und Brooke, die der Firma Ziegler angehören, sind auf dem Wege nach Sultanabad, etwa 30 Meilen südlich von Teheran, beraubt worden. Moir ist zugleich Vizekonsul für England in Sultanabad.

*

London, 20. März. Der bekannte Arbeiterführer und Präsident der Syndikalistenliga Tom Mann ist verhaftet worden. Es soll die Verhaftung in Verbindung stehen mit der gerichtlichen Verfolgung der Zeitung „The Syndicalist", die letzthin die Soldaten in einem Artikel aufforderte, auf die Streikenden nicht zu schießen, wenn es befohlen würde.

Dover, 20. März. Der Dampfer „Rocklands" rannte im Nebel gegen das Wrack des vor einigen Tagen gesunkenen Dampfers „Oceana" und wurde nach Dover geschleppt, wo seine Beschädigungen untersucht werden sollen.

Oporto, 20. März. Gestern nachmittag explodierten einige Bomben in vier Häusern des Stadtviertels Mirgaya, wo sie aufbewahrt worden waren. Vier Tote und sieben Verwundete wurden aus den Trümmern hervorgezogen. Ein Verdächtiger wurde verhaftet.

Produktenbörse in Leipzig
am 19. März.

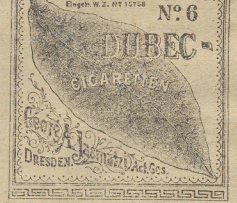
Weizen ruhig	Gerste, Braugerste, hies. 215—225 bz. B.
inländisch. 206—210 bz. B.	feinste über Notiz
feuchter unter Notiz	Saalgerste 220—230 bz. B.
Argentin. 235—245 bz. B.	feinste über Notiz
Russischer 242—251 bz. B.	Mahl- und Futterw. 181 bis 196 bz. B.
Manitoba 242—253 bz. B.	Hafer behauptet bz. B.
Roggen	inländisch. 210—215 bz. B.
inländisch. 185—190 bz. B.	ausländisch. 209—213 bz. B.
Preuß. 186—191 bz. B.	
Posener 194—196 bz. B.	

— Mehlpreise in Leipzig am 19. März. Weizenmehl Nr. 00 28,50—29,00 Mk., Roggenmehl Nr. 01 26,25 bis 27,75 Mk per 100 Kg.

Reklameteil.

Verlangen Sie

Jasmatzi-Dubec



m. Mundst. m. Gold.

die begehrteste und angenehmste

2½ Pfg.-Cigarette.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319120321-16/fragment/page=0007

Anzeigen für Merseburg.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Dank.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung unseres teuren Entschlafenen sagen wir hierdurch Allen unseren herzlichsten Dank.

Merseburg, den 20. März 1912.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Henriette Schmidt,
Krummes Tor.

In das Handelsregister A. Nr. 20, ist bei der Firma **C. F. Meister** in **Merseburg** folgendes eingetragen: **Die Firma ist eine offene Handelsgesellschaft**, die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1910 begonnen. Die Gesellschafter sind Ingenieur **Alfred Meister** und Kaufmann **Arno Meister** in **Merseburg.**

Merseburg, den 15. März 1912.
Königliches Amtsgericht. Abt. 4.

Bekanntmachung.

Die **Dienststunden**, während deren das **Fleischschauamt** für den Verkehr mit dem Publikum und die Vornahme der Fleischschau geöffnet ist, werden für die Zeit v. 1. April 1912 bis auf weiteres festgesetzt auf:
vormittags von 7—7½ und 10½—11 Uhr.
Montags und Donnerstags nachmittags von 3—4 Uhr und 6½—7 Uhr.
Dienstags, Mittwochs und Freitags von 4—4½ und 6½ bis 7 Uhr.
Sonnabends von 3½—4 und 6½—7 Uhr.

An Sonn- und gesetzl. Festtagen bleibt das Fleischschauamt geschlossen.

Merseburg, den 18. März 1912.
Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Die Abmeldung der in der Zeit vom **1. Oktober 1910 bis Ende März 1912 eingegangenen oder abgeschafften Hunde** hat nach § 4 der Hundesteuerordnung vom 22. Dezember 1904 **bis spätestens den 8. April d. J.** im Polizeibureau während der Dienststunden von 8—1 Uhr vormittags **zu erfolgen.** Die Fristversäumnis hat die Verpflichtung zur Fortentrichtung der Steuer für das nächste Halbjahr zur Folge

Merseburg, den 18. März 1912.
Die Polizei-Verwaltung.

Gehobene Schule.

Die Ausstellung der Zeichnungen und weiblich. Handarbeiten findet nächsten
Montag, den 25. d. M., von 2—6 Uhr
in dem **Saale der Knabenschule** statt. Die Eltern unserer Kinder und sonstige Freunde der Schule werden zum Besuch der Ausstellung ergebenst eingeladen.

Der Rektor: Sehmisch.

Zwangsversteigerung.

Donnerstag den 21. März cr. mittags 12 Uhr
werde ich im **Hedderschen Gasthof** zu **Benndorf**
2 kompl. Dampfdreschmaschinen, 2 Strohpressen, 1 kompl. Schrotmühle, 1 Bohrmaschine, 1 Stauchmaschine, 1 Biegemaschine, Zylinder-Blasebalg, 1 Ambos, 1 Jagdgewehr, 1 fast neues Herrenfahrrad, 1 Pferd, 1 Kutschwagen, 1 kl. Kastenwagen, 1 kl. Marktwagen, 1 Omnibus, 1 braunen Jagdhund, 1 Dezimalwage m. Gewichten, 1 großen Kartoffeldämpfer u. 1 gr. Schleifstein u. Gestell
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Piekner, Gerichtsvollzieher in Merseburg.

Herrsch. Zwei-Familienhaus mit Garten, Nähe Mühlweg, **herrsch. Drei-Familienhaus**, Nähe Oberrealschule, gut verzinsl., **herrsch. Drei-Familienhaus** mit Einfahrt und Garten, Nähe Gymnasium, **zu verkaufen.**
Offerten unter **U H 2159** an **Rudolf Mosse, Halle a. S.**

---

2 Stag.-Wohnungen. Neubau, Garten, Größe nach Wunsch, zum 1. 7. 1912 zu verm. **Knapendorf 5.**

Dank.

Für die beim Hinscheiden des Herrn

Kanzleirat Aug. Kuhfuss

in so reichem Masse erwiesene Teilnahme sagen hierdurch innigsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Merseburg, den 20 März 1912.

Stube und Kammer an einzel. Leute sofort oder später zu vermieten **Venenien Nr. 10.**

Wohnung Gotthardtstr. 27,
3 Zimmer, 3 Kammern, reichlich Zubehör, Wasserklosett, Gas, Bad vorhanden, sehr günstig zum abvermieten, 1. April cr. zu beziehen. Besichtigung erbeten 3—5 Uhr.
O. Schönberger.

Große helle Wohnung,
8 Zimmer, reichl. Zubehör, auf Wunsch Bad, in bester Lage der Stadt, Gas oder elektr., 2 Aufgänge, für Pensionat oder zum Abvermieten vorzügl geeig., **sehr preisw.** per sofort oder später zu vermieten. Näheres unt. Chiffre **S 8** an die Exped. d. Bl.

Besseres möbl. Zimmer
zu vermieten. Zu erfragen im **Restaur. Schultheiß.**

Wohnung, 4—5 Zimmer mit Zubehör, Gas u. Bad, zum 1. April **gesucht.** Offert. unter **W W** an die Exped. d. Bl. erb.

Anständige, ruhige junge Leute mit einem Kinde suchen zum 1. Juli Wohnung im Preise von ca. 50 Tlr. per anno. Gefl. Off. unter **„Radewell"** a. d. Exp. d. Bl.

Wohnung von Stube, Kammer u. Küche, in der Nähe der Weißenfelser Straße und Sixtikor zum 1. 7. gesucht. Offerten unt. **K B** an die Exped. d. Bl.

Wohnung, 6—7 Zimmer m. Zubehör, Gas, Bad, Balkon, zum 1. Mai d. J. **gesucht.** Angebote mit Preis unt. **J R 11** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Land-Schmiede
sofort oder per 1. April zu verkaufen oder zu verpachten durch **F. Wenzel, Schkeuditz,** Eisenhandlung.

Durchaus gesund. **Manufaktur- oder Konfektionsgeschäft,** ev. auch größerer Laden oder 1. Etage zu **Warenniederlage gesucht.** Ausführliche Off. unt. **Laden** an die Exped. d. Bl. Strengste Diskretion wird zugesagt.

Auf herrschaftliche Grundstücke
za. 20 000 Mk. u. za. 12 000 Mk.
erststellig zu 4¼ % **gesucht.** Off. unter Chiffre **U M 2142** an **Rudolf Mosse, Halle a. S.**

12000 Mark
(auch geteilt) sind zum 1. April auf ländl. Hypothek auszuleihen. Off. u. **„12000"** an die Exp. d. Bl.

Gut erhalt. Damen-Fahrrad
preiswert zu verkaufen **Weißenfelser Str. 26.**

Ein Fahrrad
zu verkaufen. Preis 25 Mk. **Breite Straße 5.**

1 noch gute Holzdrehbank
(neuere Konstruktion) billig zu verkaufen **Hallesche Str. 39,** p.

Gut erhalt. Preschwagen
steht zu verkaufen **Merseburg, Brühl 16.**

Gut erhalt. Kinderwagen zu verk
Zu erfragen in der Exp. d. Bl

1 gut erhalt. Kinderwagen
zu verk. **Luisenstr. 10,** 1 Tr. l.

Guterhaltener Gartenzaun,
1 m hoch, 3 m lang,
drei Gartenbänke, eine Treppenleiter
zu verkaufen **Altes Schützenhaus, im Hofe.**

1 fast neuer Rüstwagen (für Kühe) und 1 Jauchenfaß
stehen zu verkaufen **Frankleben,** Friedrichstr. 5.

Aeolus-Orgel-Harmonium,
amerik. Saugluft., 5 Okt., 2 Reg. u. Knieb., fast neu, umzugshalber sofort billig zu verkaufen. **Neumarkt 23,** Laden.

Wegen Umzug!
1 ovaler Tisch 5 Mk., **1 große Tischlampe,** 3 Mk., **Klappstühle** neu, a 2 Mk., **2 große Packkisten** a 1,20 Mk., **amerik Rippentabak,** Pfd. 15 Pfg., **Straßenbesen** u. Einkaufspreis, **100 Zigarren,** 2,70, 3, 3,60 Mk.
Jung, Lauchstedter Str. 17, I.

2 belgische Arbeitspferde
stehen zum Verkauf **Merseburg, Brühl 16.**

Kompletter
Lichtbilder-Apparat
zu verkaufen.
Kiessling. Altes Schützenhaus.

Futtermöhren,
zur Gänseaufzucht geeignet, gibt ab solange Vorrat reicht **a Ztr. Mark 3,00**
Rittergut Geusa.

Saat- und Speise-Kartoffeln,
300 Ztr. up to date, 200 Ztr. Industrie, gelbfleischig, mehlreich, wohlschmeckend und fleckenlos, desgleichen
echte Salat-Kartoffeln
verkauft im ganzen u. einzelnen **F. Richter, Johannisstr. 11.**

Frische deutsche Poularden u. Capaunen,
Madagascar Ananas, Bananen,
Odenwälder Waldmeister,
Pariser Kopfsalat,
franz. Tomaten,
frischen russisch. Salat
empf. **C. L. Zimmermann.**

Suche für mein Küchen- und Lampengeschäft Ostern einen

Lehrling

Gustav Rensch, Halle a. S., Poststr. 4.

Es liegt auf der Hand

dass das Köstritzer Schwarzbier aus der Fürstlichen Brauerei Köstritz ein hervorragender Trank für Gesunde, Kranke und Rekonvaleszenten, für Wöchnerinnen und stillende Mütter, für Blutarme, Bleichsüchtige, Abgearbeitete und Nervöse sein muss, wenn man berücksichtigt, dass obige Menge besten Gerstenmalzes etwa ¼ Pfd. oder rd. 3300 Gerstenkörner, dazu gehören, um einen halben Liter dieses altberühmten Bieres, das relativ wenig Alkohol hat, herzustellen. Der Wert des Bieres als Gesundheitsbier ist ärztlich anerkannt. In Merseburg nur echt in dem Haupt-Verlag Bernhard Oeltzschner, Bier-Grosshandlung, Merseburg-Mücheln, bei Karl Schmidt, Unteraltenburg, A. Welzel Dompfatz u. Chr. Bohm Nachflg. Inh. Reinh. Sachse, A. d. Geisel 3, sowie in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Rechnungs-Formulare
in ¼, ½ und ¾ Bogen hält stets vorrätig
Buchdruckerei Th. Rößner, Merseburg.

„Zucker's „**Salunderma**" hat mich von einem schweren
Hautausschlag
rasch und völlig befreit. 1000 Dank. E. Philipp, Aufseher. Aerztl. warm empf. Dose 50 Pf. u. 1 M. (stärkste Form) bei **Rich. Kupper,** Markt 17, **W. Kieslich** (K. Atzel), Entenpl., u. **R. Riehe,** Roßmarkt 5.

Ausgekämmtes Damenhaar
kauft
Alfred Kluge, Friseur.
Bahnhofstraße 10.

Männer-Turnverein.
Sonnabend den 23. März abends 9 Uhr im **Vereinslokal** **ausserordentliche General-Versammlung.**
Turnplatz-Angelegenheit betr. Bei der Wichtigkeit dieses Punktes wollen sämtliche Mitglieder erscheinen.

Verein für naturgemässe Gesundheitspflege Merseburg

Sonnabend den 23. März
Abendausflug
nach **Schkopau** zum Mitglied **Herrn Berger.** **Der Vorstand.**

Reichskrone.
Täglich abends 7½ Uhr
Konzerte
des
Österreichischen Damen-Konzert-Ensembles.
Dir.: **Hans Siegl.**
3 Damen. 2 Herren.
Um gütigen Zuspruch bittet **Albert Werner.**

Dauers Restauration.
Heute Donnerstag
Schlachtefest.

Donnerstag
Schlachtefest
Otto Lintzel, Globigkauer Str.

Heute Schlachtefest
W. Dahn, II.-Altenburg.

Als geübte Stickerin empfiehlt sich
E. Schönemann, II. Altenburg 24.

Kräftiges Mädchen, w. Ostern die Schule verläßt, **sucht leichten Dienst** oder Stellung als Kindermädchen. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Junges Mädchen, 15 Jahre alt,
sucht zum 1. April Stellung.
Zu erfr. **Weiße Mauer 24, II.**

Hohes Einkommen!
verd. Wiederverkäufer u. Hausierer bei Vertrieb eines neuen konkurrenzlosen Haushalts-Massen-Artikels. Off. u. **„Union"** an die Exp. d. Bl. erb.

Gesucht wird per 1. April oder sofort eine
tüchtige Person,
welche selbständig und korrekt die **Buchführung** eines hiesigen Geschäfts übernehmen kann. Off. u. **A C 6** an die Exped. d. Bl.

Jugendl. Arbeiter
(14—17 Jahre alt) stellt ein
Glashütte Corbetha.

Für mein **Leinen-, Wäsche- u. Aussteuergeschäft** suche Ostern einen mit guten Schulzeugnissen versehenen jungen Mann als
Lehrling
Ernst Looke.

Einen Lehrling
sucht zu Ostern
Bernhard Deite, Bäckermeister, Roonstraße 2.

Arbeiterinnen
werden angenommen
Buntpapierfabrik.

Schneiderin zur Aushilfe
sofort gesucht **Luisenstr. 8.**

Krankenhaus Merseburg
sucht zum 1. April
ein Waschmädchen u. ein Hausmädchen.

1 ordentl. Mädchen,
das schon mehrere Jahre gedient hat und gewillt ist, mit nach auswärts zu gehen, wird per 1. April gesucht. Zu melden bei Frau **Wirth,** Hallesche Str. 17, p.

Aufwartung.
Für ein (am liebsten kinderloses) Ehepaar bietet sich Gelegenheit, geg. freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung die Aufwartung bei einem Junggesellen in vornehmem Hause, Nähe des Bahnhofes, zu übernehmen, vom 1. 4. oder später. Auch auf Aufwärterinnen wird reflektiert. Meldungen nimmt Frau Bauer, Seffnerstr. 7, nachm. v. 3—4 o. morgens 9—10, entgegen.

Zum 1. April saubere ehrliche
Aufwartung
ges. **Domstr. 5** (Eing Grüne Str.)

Sofort ein jung. Mädchen als
Aufwartung
gesucht **Hallesche Str. 36,** 1 Tr.

Eine Aufwartung
für sofort gesucht
Roßmarkt 1, Laden rechts.

Die erkannte Person, welche am 16. 3. **die Fahrstange aus dem Kahn genommen hat,** wird aufgefordert, dieselbe wieder an Ort und Stelle zu legen, widrigenfalls Anzeige erstattet wird.
Schöber aus Rössen.

Ein dunkelbrauner Jagdhund in Merseburg entlaufen.
Gegen Belohnung abzugeben **Rittergut Geusa.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319120321-16/fragment/page=0008

Telegramm-Adresse:
Correspondent Merseburg.
Fernsprecher Nr. 324.

Merseburger Correspondent.

Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Oelgrube 9.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf. bei Abholung von unsern Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Austräger in der Stadt und auf dem Lande außerdem Botenlohn; durch die Post 1.20 Mk. außer 42 Pf. Bestellgeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Werktagen nachmittags. — Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet. — Für Rückgabe unverlangter Einsendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitig. illustr. Unterhaltungsblatt m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Petitzeile oder deren Raum für Merseburg und nähere Umgebung 10 Pf., kleinste Anzeigen 25 Pf., auswärtige pro Zeile 20 Pf., im Reklameteil 40 Pf. Bei kompliziertem Satz entsprechender Aufschlag. Gebühr für Extrabeilagen nach Uebereinkunft. Für Nachweisungen und Offertenannahme besondere Berechnung, nach auswärts mit Portozuschlag. Erfüllungsort Merseburg. Annahmezeit für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 68. **Donnerstag den 21. März 1912** **33. Jahrg.**

Königsfreundliche Republikaner.

„Welcher Widerspruch!" wird der Leser sagen: Aber sie existiert in der Tat, diese Spezies von Verfechtern der freistaatlichen Idee und des Prinzips der unbeschränkten Selbstregierung der Völker auf breitester demokratischer Grundlage. Und nicht erst seit gestern. Als der hervorragende französische Republikaner Léon Gambetta 1873 dem König Viktor Emanuel II. einen Besuch abstattete, redete er ihn mit folgenden Worten an:

„Sire! Gestatten Sie einem Republikaner, einen König zu begrüßen, der das Muster eines konstitutionellen Regenten ist; Frankreich hat einen solchen Fürsten nicht finden können, darum hat es seine Zuflucht zur Republik genommen!"

Der Exdiktator von Tours sprach im Sinne wohl der großen Mehrheit seiner politischen Glaubensgenossen. Seiner Anrede lag die in der Natur der Sache liegende Wahrheit zugrunde, daß die strengkonstitutionelle Regierungsweise, nach welcher der König nur herrscht, aber nicht regiert, auf die Dauer das einzige und probateste Vorbeugungsmittel gegen die Einführung der Republik ist. Der Grundsatz, die jeweilige Parlamentsmehrheit herrschen zu lassen, hat in der Praxis gewiß auch seine Schattenseiten, wie alle menschlichen Einrichtungen; aber die mißlichen Erfahrungen sorgen für eine Abschließung derselben, und nur der Verblendete kann übersehen, daß unsere Zeit dahin drängt, ihn in allen Kulturstaaten zur Herrschaft zu bringen.

Welch versöhnende, die Gegensätze einander näher bringende Kraft im Parlamentarismus liegt, hat sich soeben in Italien, anläßlich des gegen den König gerichteten Attentats, erwiesen. Nicht nur die bürgerlich-demokratischen, sondern auch die ausgesprochen republikanischen und die sozialdemokratischen Parlamentsmitglieder haben sich an der Beglückwünschung des Königs zur Errettung aus schwerer Gefahr beteiligt, und es hat der Gefeierte diesen „Roten" ausdrücklich versichert, daß ihre menschliche Anteilnahme ihn ganz besonders erfreut und gerührt habe. Die ihm gratulierenden Republikaner aller drei Observanzen erinnerten den Monarchen ausdrücklich daran, daß er ein echt und rechter demokratischer König sei und infolgedessen die Liebe und Verehrung der ganzen Nation im höchsten Grade genieße. Sogar das Preßorgan der italienischen Anarchisten wies die Gemeinschaft mit dem Attentäter entrüstet zurück und fand eine doppelte Missetat darin, daß im Beisein der herrlichen Königin auf den nahen König [illegible] schossen wurde, [illegible] Mutter und [illegible] Freundin [illegible]

[illegible] freiheitlichen [illegible] gewissenhafte [illegible] en, sondern [illegible] losigkeit und [illegible] Napoleon I. [illegible] hat er Sitz- [illegible] er für seine [illegible] och niemals [illegible] des Konzept [illegible] n überrascht [illegible] durchdacht [illegible] t ist, als sie. [illegible] nn sie nicht [illegible] lche bei ihm [illegible] s Sack in [illegible] en weniger [illegible] Könige und [illegible] trückschritt- [illegible] nken.

[illegible] ch regierter [illegible] ig in dieses [illegible] lei staats- [illegible] chkeiten an [illegible] vom König [illegible] g gehaltene verfassungsmäßige Parlamentarismus, welcher dem Volke abwechselnd die Wohltaten eines gemäßigt-konservativen sowie die eines liberal-demokratischen Regierens zuteil werden läßt, einen in politischer Beziehung eminent pazifizierenden Einfluß aus. Die englische Sozialdemokratie ist, trotz der weitgehenden industriellen Entwicklung des Landes, numerisch sehr schwach und ihre Vertreter im Unterhaus sind der bestehenden Staatsform gegenüber fast ebenso duldsam wie die Liberalen. Die Reform des Oberhauses bildet den äußersten Punkt ihrer politischen Probleme. Eine die Republik erstrebende Partei gibts dort nicht, wenn auch der Kelte Keir Hardie einmal mit der harmlosen Drohung des eventuellen Einschmelzens der Königskrone kokettiert hat.

Deutsche Sozialdemokraten gefallen sich neuerdings darin, ihren Republikanismus zu betonen. Dies hat jedoch nur eine interessante theoretische und keine praktische Bedeutung. Diese Erscheinung würde gewiß allmählich verblassen, wenn bei uns die parlamentarische Regierungsweise zur Herrschaft gelangte, wozu freilich noch wenig Aussicht vorhanden ist. Daß sogar Männer von der felsenfesten radikalen Gesinnung August Bebels sich unter Umständen mit der Monarchie aussöhnen könnten, ging aus seiner vor einigen Jahren öffentlich getanen Äußerung hervor: daß er die englische Staatsverfassung der französischen vorziehe. Die entgegengesetzte Ansicht vertrat vor zirka 120 Jahren der junge Bonaparte seinem Landsmann Paoli gegenüber. Der spätere Vernichter der französischen Freiheit glorifizierte die damalige demokratische Republik, während letzterer, der korsikanische Freiheitsheld, sein Ideal in dem dominierenden politischen Einfluß der Oberen Zehntausend erblickte.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Die zweitägige Besprechung der Bergarbeiterinterpellationen im preußischen Abgeordnetenhause war im wesentlichen nichts anderes als eine verstärkte und vergröberte Auflage der Verhandlungen im Reichstage über denselben Gegenstand. In der Atmosphäre der preußischen Landstube konnten die Minister noch härter und schneidender die Anwendung der kräftigsten Mittel gegenüber den Ausschreitungen verkünden, und die Konservativen ließen noch unverhohlener erkennen, daß für sie das Wort „Schutz der Arbeitswilligen" den Vorwand abgibt für das Bestreben, eine selbständige Arbeiterbewegung zu unterminieren und den Organisationen möglichst mit Zuhilfenahme der Staatsgewalt zu Leibe zu gehen. Leider war im preußischen Abgeordnetenhause der Ton der Nationalliberalen auch ein erheblich schärferer als im Reichstage, ein neuer Beweis dafür, um wieviel mehr nach rechts hin die nationalliberale Fraktion in Preußen gegenüber der im Reichstage steht. Die Haltung des Zentrums war dieselbe wie dort. Von der sozialdemokratischen Seite wurde natürlich auch nicht dazu beigetragen, um eine harmonische Aussprache zu ermöglichen. Den Ministeranklagen über gräßliche Ausschreitungen der Streikenden standen eben-solche Anklagen über Ungesetzlichkeiten und Provokationen seitens der Gendarmerie und der Arbeitswilligen gegenüber. Haß und Erbitterung machen blind, oder sie lassen auch doppelt sehen! In dieser von den Miasmen des Zornes und des Fanatismus gesättigten Luft wirkten die streng objektiven, Licht und Schatten nach beiden Seiten gerecht verteilenden Ausführungen des fortschrittlichen Redners Dr. Pachnicke wie eine wahre Erlösung. Sie zeigten, daß der entschiedene Liberalismus immer mehr in die Rolle hineinwächst, zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft ein Faktor ausgleichender Tätigkeit zu werden. Daß der Redner der Fortschrittspartei den Wünschen und Forderungen der Arbeiter mit großer Sympathie gegenüber stand, war das Ergebnis der ruhigen Prüfung ihrer derzeitigen Wirtschaftslage. Auf der anderen Seite verhehlte er nicht, daß seine Freunde den Kontraktbruch bedauerten und die Auffassung teilten, es seien noch nicht alle Mittel zur Vermeidung des Streiks angewandt worden. Das positive Programm bildete eben so wie im Reichstage, so auch hier den Gipfelpunkt der fortschrittlichen Wünsche: Ausbau des Koalitionsrechts, Verhandlungszwang, Reichsberggesetz usw. Auf dem Wege der fortschrittlichen Anregungen, die auf eine vollwertige Anerkennung beider Faktoren im Wirtschaftsleben, der Arbeiterschaft und des Unternehmertums, hinzielen, kann Deutschland dem sozialen Frieden näher kommen. Und nur auf diesem Wege!

Churchill über die deutsch-englische Flottenrivalität.

Bei der Einbringung des Flotteetats im englischen Unterhause führte der Erste Lord der Admiralität Churchill am Montag folgendes aus:

Die Grundlage der Flottenpolitik ist die Finanzwirtschaft. Das finanzielle Aussehen des Flottenetats ist nicht erfreulich. Alle Welt baut Flotten. Alles, was mit der Flotte in Verbindung steht, wächst beständig an Größe, Kompliziertheit und Kosten. Der neue Etat ist fast völlig bestimmt durch die Etats der letzten beiden Jahre. Ich werde vielleicht im nächsten Jahre den Flottenetat im Unterhause nicht für ein Jahr, sondern für eine Reihe von Jahren vorlegen können. Aber für den Augenblick muß ich mich im Rahmen gewisser allgemeiner Andeutungen halten. Hauptsächlich infolge der Arbeiterausstände haben in diesem Jahre Verzögerungen in den Schiffsbau- und anderen Ausgaben stattgefunden. Dadurch wird die nominelle Reduktion von 300 000 zu einer wirklichen Reduktion von 600 000 Pfd. Sterling. Dabei ist natürlich irgendwelche Vermehrung des deutschen Flottenetats nicht berücksichtigt. Ich will dem Hause die Flottenfrage mit vollkommener Offenheit darlegen. Es wird dies namentlich mit Bezug auf eine Macht notwendig sein. Durch eine indirekte Ausdrucksweise kann jetzt nichts gewonnen werden. Im Gegenteil, die Deutschen sind ein Volk mit derbem Verstand, deren starker männlicher Sinn und Mut vor einer offenen und ungeschminkten Feststellung von Tatsachen nicht zurückweicht und nicht verletzt wird, wenn sie höflich und ehrlich ausgesprochen werden. Jedenfalls muß ich meine Pflicht gegen das Haus und das Land erfüllen. Die Zeit ist gekommen, wo beide Nationen ohne Verstellung und Verstimmung die Bedingungen verstehen sollten, unter denen sich der Wettbewerb zur See in den nächsten Jahren gestalten wird.

Wir berechnen im Frieden unsern Schiffsbau relativ nach Prozentsätzen. Dagegen werden Flotten im Seekrieg nicht durch Vergleich, sondern durch Subtraktion berechnet. Wir müssen erwarten, daß in einem Kampf zwischen guten und ebenbürtigen Flotten auf beiden Seiten ungeheurer Schaden angerichtet wird. Das ist sehr vorteilhaft für die stärkere Seemacht. Es wird sich stets für uns lohnen, Schiff gegen Schiff jeder Klasse zu verlieren.

Der Prozeß des Ausmerzens würde uns, wenn auch auf einem fürchterlichen Wege, zu einem sicheren Siege führen, zu einem Zustand nicht relativer, sondern absoluter Überlegenheit. Mit der gegenseitigen Vernichtung der neuesten Schiffe steigen die älteren Schiffe schnell im Wert. Wir besitzen mehr Dreadnoughts als irgend zwei andere Mächte zusammen. Aber wenn alle Dreadnoughts der Welt morgen versenkt wären, so würde unsere Überlegenheit zur See weit größer sein als heute.

Churchill erklärte es für falsch und verschwenderisch, ein Schiff für die britische Flotte einen Tag eher zu bauen als es nötig sei, weil die Konstruktionspläne so schnell veralten, und fuhr fort: „Ich bin nicht bereit, gegenwärtig dem Hause die Annahme eines Standards, zwei Kiele gegen einen mit Bezug auf Deutschland zu empfehlen. Die Zeit mag kommen, wo es notwendig wird. Es ist jetzt nicht notwendig. Ich wünsche vollkommen klar zu machen, daß infolge der Maßregeln MacKennas nicht der geringste Grund zu Alarm und Verzagtheit vorliegt. Die Admiralität ist imstande, Tag für Tag die nächsten Jahre hindurch die Sicherheit des Landes und des Reiches absolut zu garantieren. Die Standards für die Flottenstärke müssen zeitweise nach den Umständen variieren. Als Frankreich und Rußland die beiden nächststärksten Seemächte waren und ihre Kombination möglich erschien, war der Zweimächte-Standard ein zweckmäßiger Grundsatz. Das Emporsteigen der Flotte einer einzelnen Macht zum ersten Rang auf dem Kontinent hat dies verändert. Wir haben nicht mehr als die größtmögliche Gefahr das Bündnis zweier etwa gleichstarker Seemächte zu betrachten, sondern die Entwickelung einer sehr starken homogenen Flotte, die einer einzelnen Regierung untersteht. Daher ist der Zweimächte-Standard nicht mehr anwendbar und unadäquat. Der tatsächliche Standard der Neubauten, den die Admiralität in den letzten Jahren verfolgte, war eine Überlegenheit von 60 Prozent in Schlachtschiffen und Schlachtkreuzern der Dreadnoughtklasse verglichen mit der deutschen Flotte, gemäß dem geltenden Flottengesetz. Andere, höhere Standards galten für kleinere Schiffe. Wenn Deutschland an dem geltenden Flottengesetz festhielte, so glauben wir, daß dieser Standard, abgesehen von unerwarteten Entwickelungen anderer Länder, einen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319120321-16/fragment/page=0009